UNZERTRENNLICH

FRÜHJAHR 88

nr. 8

2.50 DM

Autonomes Blatt

INHALT :

3 Der 2.11. und die Folgen

8 Zur Verhaftung von Jens aus Bielefeld

10 Brief von Ulla Penselin u. eine Erklärung von I. Strobl

11 Dokumentarische Auszüge aus einem Flugblatt zum Hungerstreik von Gefangenen der action direkte in Frankreich

12 Baskenland: die Schlacht von Euscalduna - 3 Jahre danach

14 Bericht über Situation u. Kämpfe von Frauen in Südkorea

16 Vorwärts und nichts vergessen - Neuer Internationalismus u. IWF-Kampagne

18 Internationalismus-Tage in Bremen - Dokumentation des geplanten Ablaufs

20 2 Erklärungen der "Amazonen"

Wer diese Ausgabe in den Fingern hält, wirds gleich feststellen: ziemlich dünn die neue Nummer. Nach 2 fetten 32-Seiten-Ausgaben (Nr. 6 u. Nr. 7) hinterläßt die "Unzertrennlich" Nr. 8 eher den Eindruck einer Notausgabe. Und damit liegt mensch gar nicht so verkehrt.

Wir stellten uns tatsächlich bis zuletzt die Frage, ob eine Herausgabe mit vorliegendem Material zum jetzigen, anvisierten Zeitpunkt sinnvoll sei.
Dafür entschieden haben wir uns letztlich, weil wir zumindest eine 2-3monatige Erscheinungsweise durchhalten wollen, unter anderem zugunsten einer Aktualität - wenn sie auch auf einige Artikel begrenzt ist.
Die Probleme mit der neuen "Unzertrennlich" wollen wir kurz darstellen. Denn sie sind doch exemplarisch und wir werden uns mit denselben Widersprüchen in der nächsten Zeit wohl weiterhin herumschlagen müssen.

Erstes Beispiel:
uns lag diesmal - von einer 'externen' Gruppe geschrieben - ein umfangreicher Artikel zu 1977 vor. Darin wurde versucht, die jüngere Geschichte, vor allem die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Klassenkämpfe der 70er Jahre zusammenzufassen und die Entwicklung der verschiednen auf diesem Hintergrund entstandenen bewaffneten Gruppen nachzuzeichnen.(und letzteres sehr gut, wie viele von uns meinten)
Bevor wir jedoch genauer an der verwendeten, unter uns umstrittenen Klassenbegrifflichkeit diskutiert haben, "scheiterte" der Artikel an einer unbestreitbaren Kritik, die (typischerweise) zuerst von den Redaktionsfrauen eingebracht werden mußte; Frauenbewegung, Frauenkämpfe finden in der doch umfangreichen Abhandlung mal grade in 6 Zeilen Platz, ansonsten quasi kein Thema in einem Artikel, der immerhin beanspruchte, sich intensiver mit einem Stück Geschichte zu beschäftigen. Eingestandenermaßen klafft zwar in den meisten linksradikalen(?) Geschichtsaufarbeitungen dieses Loch, das konnte aber für uns kein Grund sein, ebenfalls Geschichte auf Männergeschichte aus Männerblick reduziert darzustellen. Der Artikel flog also raus.
Zweites Beispiel:
Aus einer Redaktionsgruppe wurde - entsprechend eines in der letzten Ausgabe formulierten Anspruchs - ein längerer Artikel unter dem Thema "Autonome und Knast" verfaßt. Einige Passagen der Aufarbeitung vergangener Knastauseinandersetzungen wurden als verkürzt bis falsch kritisiert, insbesondere die klare Ablehnungsposition zur Zusammenlegungsforderung, wie sie von RAF und Antiimps gestellt wird, entfachte eine hitzige Diskussion. Mit dieser Form zu ungenauer und zu distanzierter Kritik und wegen mangelnd ausformulierter eigener Gegenposition sollte dieser Artikel - so die Meinung der Mehrheit - alleine nicht stehenbleiben. Für den Einstieg in eine vertiefte Debatte zu Knast wurde mehr bzw. anderes erwartet. Auch der Artikel wurde zur Bearbeitung zurückgegeben und auf die nächste Ausgabe verschoben.
In diesen beiden Beispielen lassen sich die Probleme und Widersprüche ganz gut zeigen, die nicht nur diese Ausgabe so dünn gemacht haben, sondern schon länger und auch zukünftig die Gesamtredaktionsarbeit bestimmen dürften:
- die Verschiednheit der inhaltlichen Positionen zwischen und teilweise auch innerhalb der Redaktionsgruppen,
- die Verschiedenheit in der Anwendung der Ansprüche, die wir als unsere Vorstellungen im letzten Konzeptpapier dargestellt hatten, hier und jetzt sofort auf die Beurteilung vorliegender Artikel.
Dabei tendiert die eine "Fra ktion" eher dazu, ziemlich stringent alles rauszuwerfen, was nicht der genannten Konzeptdebatte entspricht und was zu wenig weitergehende Fragestellungen anpackt. Die "andere Fraktion" sieht darin eine übereilte Herangehensweise, weil Zielansprüche zu "jetzt-Ansprüchen" gemacht werden, und sich darüber immer weniger Leute zutrauen, Artikel zu schreiben, ohne jahrelang in einem Thema drinzustecken. Damit zusammenhängend stellt sich erneut die Frage der Arbeitsintensität für diese Zeitung. Wenn die Herangehensweise - "Unzertrennlich" als "Nebenprojekt" - aufrechterhalten bleibt, bleibt zumindest au ch ein Teil der Artikel "nebenher" produziert, von nicht ausreichend durchdiskutiert bis zu ganz undiskutiert übernommen.
Wie gesagt: mit diesen Widersprüchen werden wir uns wohl noch eine ganze Weile herumschlagen müssen. Und deshalb bleibt diese "notausgabe" sicher nicht die einzige.
Ansonsten und trotzdem
Viel Spaß beim lesen!

Kontakt

M. Zimmermann
Crellestr. 22
1000 Berlin 62

Arbeitskreis Ökologie und Umwelt
c/o Eine-Welt-Haus
Buchstr. 14
2800 Bremen 1

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

★ ★ ★

In den ersten Wochen nach dem 2.11. gab es vom autonomen Spektrum aus vielen Städten erste Stellungnahmen und Diskussionspapiere.
(Einige bezogen sich darauf, daß die Schüsse eine Bullenaktion gewesen sein könnte- beispielhaft wurde oft das "Celler Loch" genannt. Für uns blieb das bis heute spekulativ. Eigene Ermittlungen darüber müssen unter uns, in "dichten" Zusammenhängen laufen. Wir können/wollen hier deshalb nicht darauf eingehen.)
In den Stellungnahmen wurde die Kritik genauer an den Schüssen, das heißt an der Vorstellung, daß jemand so eine (Einzel-) Aktion durchgezogen haben könnte. Die Kritik bezog sich (u.a.) auf die falsche Ziel-

SCHUß FOLGERUNGEN TEIL 2

richtung- Schusswaffeneinsatz gegen Bullen auf Demos, diese Schärfe der Konfrontation hat da Heute nix zu suchen, auf die Verantwortungslosigkeit und die militärische Sichtweise, die in einer solchen Aktion steckt.
Damit beginnt aber erst die notwendige Auseinandersetzung unter uns. Nach dem 2.11. sind wir nochmal dringender dazu gefordert,unsere Aktionsformen, Organisierungsansätze, Militanz... autonome Politik insgesamt, in den eigenen Zusammenhängen und innerhalb Bewegungen ehrlich und solidarisch "auseinanderzunehmen".

In den bisherigen Papieren zum 2.11. wurdeneinige Punkte dazu angesprochen:
- aus einem Zitat von Gefangenen der Bewegung 2.Juni (von 79): "(...) obwohl eine Neigung zur Militarisierung und zum Putschismus in unseren Reihen zweifelsfrei stark vorhanden ist, das rein Militärische hat bei uns nichts zu suchen. Dieser Neigung ist auch nicht mit irgendwelchen praktischen Ausbildungen beizukommen, sondern mit einer verstärkten politischen Ausbildung,einer Förderung der politischen Identität. Diese Neigung kommt ja nicht vom Nichts, sie ist auch Ausdruck und Reaktion der Umzingelung durch den Feind. "
- Unter den heutigen Bedingungen, ausgehend vom Stand der Klassenauseinandersetzung, steht die Vermittelbarkeit der Aktionen und die Möglichkeit gemeinsamer Kämpfe im Vordergrund.
- Revolutionäre Moral (hoher Anspruch an Kritikfähigkeit, Zielgerichtheit, und an die Entwicklung von Kollektivität)
- Erklärungsversuche (für die Schüsse aus unseren Reihen; für aktionistische, militaristischeEntscheidungen innerhalb militanten Widerstand):
...als Reaktion auf die herrschenden Bedingungen und besonders der erfahrenen Repression gegen den Widerstand bzw. jegliche Ansätze davon (Zerschlagung von Demos, Einkesselung, Massenfestnahmen.);
... bis hin zu dem Artikel in der letzten Unzertrennlich, der trotz aller Kritik ein solidarisches Verhältnis zu möglichen Täter(n) begründete. Verbunden mit Mechanismen wie Verzweiflung, Selbstbestätigung, und aktionistischer Eigendynamik, bleibt der Ausdruck von verständlicher Wut und Haß auf dieses System. Revolutionärer Kampf wird sich immer mit diesem Widerspruch (Revolutionäre Politik - Moral/ verschieden Kampf-und Verweigerungsformen) auseinandersetzen müssen.

diese Auseinandersetzung zu vertiefen ist schwierig.(darin sehen wir auch den Grund, warum nach der ersten "Papierflut" nun viel weniger in Umlauf ist.)
Diese Erfahrung haben wir z.B. auch an der "Militanzdebatte"gemacht, wo wir nicht nur selbst/Kritische Floskeln formulieren wollen.Die Schwierigkeiten liegen in den vielen verschiedenen Ebenen und Widersprüchlichkeiten, die in dieser Debatte stecken: Grundsätzliche Anforderungen an militante, praktische Aktionen; konkrete Kritik, Fragen oder Aufarbeitung zu einzelnen Aktionen müssen einbeziehen, welche inhaltlichen Auseinandersetzungen, politische und persönliche Entscheidungen, welche ERfahrungen, u.s.w. darin stecken;...
Abgrenzungen innerhalb des autonomen Spektrums und gegenüber bestimmten Aktionsformen in der Startbahn"bewegung" sind jedoch, wenn nicht sogar wesentlich, in den politischen Unterschieden (und oberflächlichen Auseinandersetzungen), die existieren, begründet.
Über die Diskussion um Militanz hinaus müssen wir, und das ist heute auch unsere einzige Antwort auf die momentane Sprachlosigkeit gegenüber der rollenden Repressionswelle, unsere Inhalte, Analysen, Organisierungsansätze und politische Perspektiven autonomer Politik genauer bestimmen. Jenseits der "Bewegungswellen" und für (regional) gefestigte Strukturen.

★

Ein erstes Diskussionspapier aus der Region, das auch (autonome) Erfahrungen in der Startbahnbewegung miteinbezieht, drucken wir im folgenden ab:
"Nicht in den Niederlagen gehen wir unter..."
Es enthält unserer Meinung nach einige gute Anstöße für die Diskussion. Aufnehmen wollen wir anschließend die dort formulierte Position,die Geschichte der STartbahnbewegung wäre "letzlich auch eine Geschichte des gescheiterten Versuches, einer ökologisch/anti-militaristischen Teilbereichsbewegung eine revolutionäre Richtung zu geben."

Nicht in den Niederlagen gehen wir unter, sondern in den Kämpfen, die wir Nicht führen!

DISKUSSIONSPAPIER

Der Angriff des Staates auf die Startbahnbewegung im Anschluß an die Schüsse vom 2.11. entpuppte sich schnell als völlig losgelöst von den Ereignissen der Nacht. Was hier für viele von uns anfänglich nach polizeilicher Racheaktion aussah, zeigte sich bald als lang vorbereiteter Schlag der Reaktion auf eine militante Bewegung. Die zur Fahndung benutzen Details (Tonbandaufnahmen aus Lauschangriffen, umfangreiches Fotomaterial von Sonntagsspaziergängen und Demonstrationen anhand dessen vermeintliche Sozialstrukturen aufgedeckt werden sollten, gezielte Observation) wurden im Lauf der letzten Jahre von den Bullen zusammengetragen. Es fehlte ihnen eigentlich nur der geeignete Anlaß ihren Apparat in Gang zu setzen.

Erst die Schüsse lieferten ihnen die nötige politische Legitimation für ihre Terrormaßnahmen gegen die Bewegung, die obwohl nicht mehr so stark wie zu "Hochzeiten" , doch so weit in der Region verankerft war, daß die Durchsetzung polizeilicher und juristischer Maßnahmen zur Zerschlagung von uns immer verhindert werden konnte.Der letzte Versuch, im Frühjahr 1985 ein generelles Versammlungsverbot an der Startbahn durchzuführen, scheiterte genauso wie die permanten Ansätze der militärischen Zerschlagung.

Was uns in der Vergangenheit zusammenbrachte, Differenzen vergessen ließ und Unterschiede verschleierte , führte jetzt zum Teil zur offenen Spaltung , ließ klar werden, daß wir verschiedener sind, als wir wahrhaben wollten. Der immer wieder beschworene Schulterschluß vor der Mauer, die berühmte Koalition von "Grau- und Langhaarigen" , von Jugendlichen aus der Region und Szene aus den Städten zeigte in dem Moment Risse, als aus der "Spielwiese" Startbahn quasi über Nacht Ernst wurde. Da wir - als Bewegung - unseren Gegner nicht ernst genug genommen hatten, hatten wir auch kein einheitliches Verhältnis zu ihm. Der vermeintliche Konsens, "keine Zusammenarbeit mit Staatsorganen" kippte in dem Moment, in dem die Bullen mit der Konstruktion "Beteiligung an Mord" operierten. Nun wurde auch deutlich, wie wenig sich mit den Konsequenzen des eigenen Widerstands, mit einer realistischen Einschätzung von Bullentaktik, Repression und Knast auseinandergesetzt wurde. Leute ließen sich zu Aussagen nötigen, belasteten sich und andere - die Bullen schlugen voll in die Kerbe, legten falsche Geständnisse vor, streuten gezielt Falschinformationen (in den ersten Tagen schon die Falschmeldung, Andreas Eichler habe Frank Hofmann beschuldigt, die tagelang von der Presse breitgetreten wurde) , Mißtrauen breitete sich aus, Diskussionen über Umgehensweisen mit "Verrätern" nahm immer breiteren Raum ein, unsere gesamten Energien erschöpften sich in einer endlosen, frustrierenden "Maul-halte-Kampagne".

Was wir immer als unsere Stärke bezeichnet hatten, das Nebeneinander verschiedenster Gruppen, Einzelpersonen und Spektren aus der Region Rhein-Main in einer militanten Bewegung, die an vielen Punkten ihre Aktionsfähigkeit, ihre Fan-

tasie und Zähigkeit unter Beweis gestellt hatte, die Nicht-Greifbarkeit unserer Strukturen für die Bullen, erwies sich jetzt als zentraler Punkt unserer Schwäche. Genauigkeit inhaltlicher Diskussion und Überprüfbarkeit persönlicher Identität waren Kriterien, die allein auf Kleingruppen beschränkt blieben, der diffuse Zusammenhang "Bewegung" verfügte weder über gemeinsame Diskussionszusammenhänge noch eine klare inhaltliche Ausrichtung, die über den Flughafen hinausging. Das Konzept "revolutionäre Bewegung" prallt zusammen mit dem Konzept "Kampf an einem Punkt".
Während wir Startbahn immer als Teilbereichskampf begriffen hatten, war das für andere der Inhalt ihres Widerstandes. Eine gemeinsame Festlegung von Zielen hatte nie stattgefunden, inhaltliche Plenen waren nie sehr beliebt in der Bewegung, bei bestimmten Themen blieb die Szene unter sich, bei manchen Punkten reduzierte sich das Spektrum der Intervenierten auf den Kern der DaueraktivistInnen, sprich FunktionärInnen.
So ist die Geschichte der Startbahnbewegung letztlich auch eine Geschichte des gescheiterten Versuches, einer ökologisch-antimilitarisstischen Teilbereichsbewegung eine revolutionäre Richtung zu geben. Startbahn war Symbol für dauerhaften, zähen Widerstand in der Region, nicht nur am Flughafen, für militanten Angriff , war und ist ein kontinuierliches "Freiluft-Plenum" für Rhein-Main, aber war als Bewegung nie revolutionär.

Der Angriff des Apparates, der jetzt gegen uns läuft, zielt nicht nur auf Rhein-Main und ist keine spontane Reaktion auf die Schüsse. Er ist von langer Hand vorbereitet - die Verschärfung des 129a war dabei ebenso ein Puzzle-Stück , wie die Medienhetze gegen Autonome seit ungefähr einem Jahr, die Diskussion um Vermummungsverbot und Kronzeugenregelung - und zielt generell auf militanten Widerstand gegen Staat und Kapital, sei es in form von Teilbereichskampf - wie u.a. in Wackersdorf - oder umfassender, mit dem Ziel, eine andere Gesellschaft aufzubauen. Startbahn ist nur der Anfang - die Durchsuchungen, Festnahmen und Haftbefehle im Rahmen der Fahndung gegen RZ und Rote Zora zeigen, das sie weitermachen.

Für uns gilt es jetzt , den Angriff zurückzuschlagen und aus unseren Fehlern zu lernen. Das Konzept "soziale Bewegung" steht dabei genauso zur Diskussion, wie die grundsätzliche Frage der Organisierung, von Widerstand. Wir müssen Abschied nehmen von einer schwammigen "Bewegungsideologie" , in der Zufolge jede/r zu uns gehört, der/die sich uns zugehörig fühlt - die Folgen dieses falschen Liberalismus haben wir im Moment zu verantworten. Das heißt aber nicht, daß wir jetzt endgültig ins autonome Ghetto abtauchen wollen und nur noch in diversen Konspi-Kleinstzirkeln operieren. Im gewissen Sinne befinden wir uns in einem Dilemma.
Wir brauchen eine stärkere und verbindliche Organisierung in Gruppen, trotzdem müssen wir nach außen hin offen sein können. Das bedeutet aber nicht, das wir mutlos geworden sind.

KÄMPFENDE WALDFEEN

Einen der wichtigsten Fehler sehen wir in den Strukturen der Funktionalisierung. Leute werden nicht umfassend als Persönlichkeiten wahrgenommen sondern nach ihrer Verwertbarkeit im Widerstand fixiert. Vorwiegend handelt es sich dabei um technische Vorzüge, die den Wert der/des Einzelnen bestimmen. Ein Fighter/In wird selten nach seinen Utopien gefragt, ein Redner selten nach seinem Umgang in Beziehungen. Wir nennen das Machtstrukturen. Frauen tauchen dabei in der Regel lediglich als hilfreiche Unterstützerinnen auf. Unsere Denkweise unterscheidet sich oft nicht von der herrschenden Denkweise. Sie ist so patriarchal wie diese Gesellschaft.
Solange wir das nicht in Frage stellen, bleibt uns nur die Alternative zwischen Liberalismus (wie an der Startbahn) und autoritäre Struktur, bei der zumindest die Kader-Ebene ideologisch einheitlich ist und der Rest zwangsangeglichen wird.
Wenn wir sagen wir sind für eine freie Gesellschaft, gegen Strukturen von Ausbeutung und Unterdrückung , dann muß das in erster Linie bedeuten patriarchale Strukturen anzugreifen, als Ursprung und Basis aller Formen von Ausbeutung und Unterdrückung, dann muß das auch bedeuten, patriarchale Strukturen unter uns anzugreifen. Dann heißt das , Einbindung von Genossen/Innen als ganze Person, nicht nur die taktische Verwertung einzelner Fähigkeiten, das bedeutet : Strukturen schaffen, in denen Widerstand und Alltag nicht getrennt ist, in denen wir mehr voneinander wissen, als bei der nächsten Aktion/Demo unbedingt notwendig ist. Denn Radikalität heißt auch, mit den übernommenen bürgerlichen Verhaltensweisen zu brechen, unsere Umgehensweise zu hinterfragen , die eigenen Mauern und Fassaden abzureißen. Heißt mehr Offenheit und Verbindlichkeit unter uns.

Dann heißt das nicht nur der nächsten staatlichen Repressionswelle etwas anderes entgegenzusetzen als jetzt , sondern vor allem eine politische Kultur zu schaffen.

STARTBAHN★BEWEGUNG

zum Diskussionspapier der Waldfeen

Wir denken, daß die genannten Widersprüche und oberflächlichen Entwicklungen, die unserem Anspruch an politische Organisierung eher entgegenstehen,nicht nur innerhalb sozialer Bewegungen existieren. Jede Vorstellung von sozialer Verankerung autonomer Politik - und wir hoffen ja darauf, daß wir druch die radikalen und praktischen Kämpfe nicht"nur" Sympathie erreichen, sondern sich mehr Menschen politisieren und einbeziehen, wir uns verbreitern - wird damit konfrontiert sein.

Für uns sind mit der Startbahnbewegung feste Zusammenhänge entstanden, haben nunmehr langjährige gemeinsame Weiterentwicklungen (und auch bewußte Trennungen) stattgefunden, ist die politische Auseinandersetzung gewachsen: gerade auch mit dem Austausch im bunten Bewegungszusammenhang, d.h. mit den verschiedenen aktiven Menschen, den verschiedenen Positionen darin. Wir gehen davon aus, daß dies auch für die meisten autonomen Zusammenhänge hier mehr oder weniger ähnlich war.
Um auch an frühere Auseinandersetzungen dazu von Autonomen in der Bewegung anzusetzen, zitieren wir etwas länger aus 2 Heften des "Hau Ruck" von Anfang `84 und `85:
"...es gilt also, die sonntagsspaziergänge weiter durchzusetzen als direktesten und kontinuierlichsten Ausdruck unseres Widerstands, eines vielfältigen Widerstands, an dem Jede(r) teilnehmen kann, wo viele Diskussionen und - hin und wieder - auch gute Aktionen laufen. Aus dieser Verankerung kam und kommt es immer wieder zu nächtlichen Sabotageaktionen, zu Nadelstichen, die den Betreibern wehtun, und gerade auch der Sonntagsspaziergänge zur Reflektion und Rückkoppelung bedürfen. Darüber hinaus entwickeln, bzw. festigen sich unsere Zusammenhänge im Rhein-Main-Gebiet, die Möglichkeiten gemeinsamen Handelns auch zu anderen Gelegenheiten. Staat und Flughafenbetreiber wissen darum, deshalb ist für sie nichts dringlicher als diese Zusammenhänge zu zerschlagen. (...) " (Anf. 1984)

"...eine lineare Weiterentwicklung gibt es sicher in keinem gesellschaftlichen Emanzipationsprozeß (und das war und ist auch die Auseinandersetzung am Widerspruch Startbahn). Vielmehr ist das ein mühseliger und von vielen gleich- bzw. sogar Rückschritten unterbrochener Weg, der erst recht hier in GerMONEY (!) Jahre/Jahrzenhte dauern wird. Nun mag es vielen zu wenig sein, was in den letzten 3 Jahren Startbahn-Widerstand entstanden ist, uns natürlich auch.
Die Sonntagsspaziergänge deshalb schlicht und einfach zum "Ritual" zu erklären, z.T. sogar noch die Auflösung zu fordern, ohne nur im Entferntesten eine konkrete, konstruktive Weiterentwicklung anzureißen, spricht eher für die Probleme der Zeit-Orientierungslosigkeit- als für das Problembewußtsein der Kritiker.
Wir können subjektiv für uns sagen, daß wir - die unbestrittenen Rückschläge eingerechnet- viele und wichtige Erfahrungen im Startbahn-Widerstand gemacht haben und weiter machen wollen, daß wir gerade auch hier eine Praxis entwickelt, unendliche und notwendige Diskussionen geführt und Ansätze weitergehender Zusammenhänge entwickelt haben. Immer bzw. schon sehr bald war unser Widerstand hier mit einem weitreichendem Kampf gegen dieses System verbunden und die Chancen dieses Projekt wieder

zu zerstören ist auch kaum mehr größer als dieses ganze System zu stürzen und radikal zu verändern.
Die Auseinandersetzungen hier im Kleinen,können als Spiegelbild dessen betrachtet werden, was nicht anders im Großen und Ganzen ansteht.
Zu Beidem brauchen wir Organisierung und Ausdauer, kollektive Strukturen und hartnäckige Zähigkeit für einen langwierigen Kampf, den nur die als "Ritual" bezeichnen können, die immer nur "Neues" wollen der Neuigkeit wegen, obwohl viel "Altes" seine Richtigkeit behält, zumindest fortzuentwickelnde Ansätze beinhaltet. (...)
Die Erfahrungen damit als auch auf die Aktionen, Kampagnen und Bewegungen der letzten Jahre müssen und wollen wir uns beziehen, wenn es darum geht, weitere "neue" offensive Schritte zu entwickeln. (...)
Der über Jahre hinweg geführte Startbahn-Widerstand, das sonntägliche Zusammenkommen, die Auseinandersetzungen dort, sowie das materielle angehen des Geländes, von Baufirmen der Infrastruktur... ist in diesem Zusammenhang gesehen ein nach wie vor wichtiger "Keim".
Es ist die Aufforderung, mit den Ansätzen und Strukturen, die bestehen und weiterzuentwickeln sind, auf den uns möglichen und weiter zu verankernden Ebenen von Protest bis zu Sabotage weiterzukämpfen. (...)" ('85)

Wir denken auch, daß einige Mechanismen in der Geschichte der Startbahnbewegung bis heute offentsichtlich wurden, daß Fehler und Kritik übergangen wurden. An die wollen und müssen wir drankommen, als Fragen an unsere Zusammenhänge, und unsere Initiativen in der Bewegung. Das "Dilemma" der schwammigen Bewegungsideologie oder autonomes Ghetto... besteht für uns so nicht denn autonome und anarchistische Gruppen sind seit langem ein fester Teil der Bewegung, sie haben (und hätten!) ihre Inhalte und Aufarbeitungen reintragen können; dazu gibt es zu viele Verbindungen, gute Erfahrungen und gemeinsame Fehler "quer durch die Reihen" innerhalb der Bewegung/ Sonntagsspaziergänge. Die Bewegung war nicht nur Schwamm, sondern ein Zusammenkommen von verschiedenen Gruppen, die sich nicht "nur" gegenseitig akzeptierten, sondern wir wollten auch gemeinsame Entwicklungen, und es sind Strukturen entstanden. Dies sicher nur zum Teil, weil Bewegung immer bedeutet, daß dort verschiedene Menschen und Gruppen sind,..wo Erfahrungen und Aufarbeitung immer auch getrennt bleiben.. .
Auch müßte eine genauere Aufarbeitung der Startbahnbewegung auf

die unterschiedlichen Phasen eingehen, wie z.B. die Behinderungsaktionen vor und nach der Einweihung der Startbahn'84, die verschiedenen inhaltlichen Auseinandersetzungen in der Bewegung wie Airbase - Manöverbehinderungen - G. Sare - Anti WAA - Gesamtflughafen Rhein Main (und hier besonders die Erkenntnis, daß dieses Thema, das ein wesentlichen Teil der Perspektive der Bewegung bedeutet, nicht breiter aufgenommen wurde).

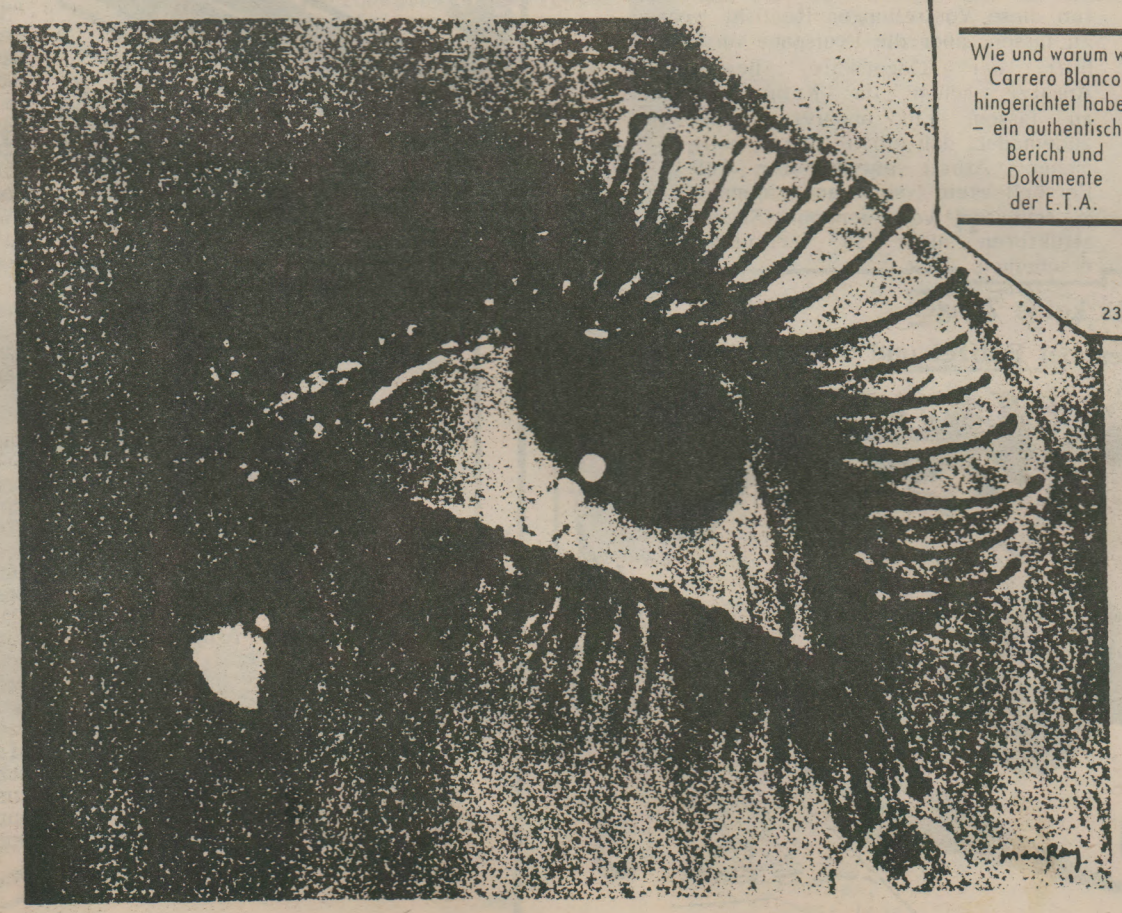
Die Auseinandersetzung um die Widersprüchlichkeit von massenmilitanten Aktionen, und die fließenden Grenzen zu Sabotageaktionen dabei, wollen wir am Beispiel der "Mastfäll-Aktion" am 100. Sonntagsspaziergang hier aufnehmen. Ein halbfertiger Strommast wurde damals innerhalb des Sonntagsspaziergangs umgezogen, als direkte Behinderungsaktion des Startbahnbaus, da die dortige RWE-Trasse wegen den startenden Flugzeugen verlegt werden mußte.
Sicher hatten sich die vorbereitenden Leute damit auseinandergesetzt, ob diese Aktion auch breit getragen würde. Und es entschlossen sich viele mitanzupacken, allerdings spontan und ohne der Möglichkeit in dieser Situation genauer nachzudenken - über die möglichen persönlichen Folgen z.B.(schon wegen der nötigen Geheimhaltung war eine breite Auseinandersetzung wohl ausgeschlossen). Bis heute gilt diese Aktion als eine der gelungensten, und eine Kritik des bürgerlichen/ günen Spektrums der Bewegung (der aber schon damals kaum mehr Einfluß hatte) wurde mit einigen Flugis für die Aktion beantwortet. Die Widersprüchlichkeit wurde damals kaum diskutiert, daß bloße evtl. Zustimmung und Begeisterung nicht ausreicht, um mögliche Folgen klarzukriegen, und durch das "Zupacken" viel weniger an Auseinandersetzung über solche Aktionen geführt wird, als bei einer genauen Vorbereitung und Aufarbeitung jeder und jedes Beteiligten. Weitergehend kann in - guten, mutmachenden - Aktionen, die in die Bewegung reingetragen werden, mit eine Ursache dafür liegen, daß auf dem Hintergrund wachsender Entschlossenheit sehr schnelle Entscheidungen für weitergehende Aktionen forciert werden (..z.B. ohne zumindest Ansätzen entsprechend kollektiver Auseinandersetzung und Organisierung).

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN
Kriegkstr. 38 6000 Frankfurt

Die AKTION versteht sich als bundesweites Diskussionsforum von anarchistischen und antiautoritären Gruppen und Einzelpersonen. Viel Wert legen wir auf die internationalen Berichte, um über die dortigen Kämpfe zu informieren und libertäre Positionen dazu herauszubilden. In Bezug auf unsere eigene Situation geht es um eine kontinuierliche Fortentwicklung der Kämpfe von sozialen Bewegungen hin zu einer sozialrevolutionären Perspektive.

Die AKTION erscheint ca. alle 6 Wochen und kostet 3.- DM. Wer sie druckfrisch haben möchte, soll 15.- DM für 5 Ausgaben bzw. 30.- DM für 10 Ausgaben auf folgendes Konto überweisen:
W. Zoubek
Postgirokonto 490930 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60
Gegen Einsendung von 3.- DM + 0,70 DM Porto in Briefmarken senden wir gerne ein Probeexemplar zu.



Wie und warum wir Carrero Blanco hingerichtet haben – ein authentischer Bericht und Dokumente der E.T.A.

PHANTOM VERLAG

236 S. 12.-

EVA FOREST
OPERATION MENSCHENFRESSER

POTSDAMERSTR. 155 1 B 30

AUSSAGEKARUSSELL IM RHEIN-MAIN-GEBIET

Aus vorgegebenem Anlaß haben Autonome aus Frankfurt diesen Beitrag befaßt, welcher sich mit den zahlreichen Aussagen und auch Belastungen, die stattfanden, beschäftigt.Sie wollten damit versuchen dem näher zu kommen, warum dies so schief abgelaufen ist. Abgedruckt ist hier ein Teil, der mögliche Motive aufzählt; der gesamte Text ist in der Aktion Nr. 33 abgedruckt, die Ende Februar erschienen ist.

Seit dem 2.11.87 kam es im Rhein--Main-Gebiet zu einigen Verhaftungen und zahlreichen Vernehmungen von Personen als Beschuldigte oder als ZeugInnen. Dabei setzten Polizei und Justiz verschiedene Druckmittel ein (oder gaben vor solche in der Hand zu haben) ; diese Mittel und Methoden waren keine unbekannten (z.B. abgehörte Telefongespräche), erreichten aber dennoch ihr Ziel: eine Menge Informationen über Strukturen in der Szene zu bekommen.
Viele Leute aus der Startbahn(rest)bewegung hielten dem Druck nicht stand und belasteten sich und/oder andere, obwohl sie es vorher nicht wolltenund es zu früherer Zeit schon Diskussionen stattfanden, die Konsequenzen daraus hätten klarmachen können. Aber sie wurden oft nur oberflächlich, ungenau und auch unehrlich geführt und die bittere Folge ist dann u.a. eine schwach entwickelte politische Identität. Dies hat natürlich auch viel mit den Schwierigkeiten der Restbewegung zu tun, aber wir wollen uns zum großen Teil auf die "persönliche" Ebene beschränken, damit für einzelne ihr tatsächlicher Stand überprüfbar wird.
Außerdem haben persönliche Beweggründe auch immer ihre politische Entsprechung.Es ist eben schon allein menschlich gesehen sehr schwach die eigene Haut zu retten, wenn die "Opferung" anderer Personen der Preis dafür ist. Zudem hat dies in der Regel die Folge, daß die Person selbst und andere es ausbaden müssen, und die vorher gemachte "Rechnung" gar nicht aufgeht. Es wurde aber von vielen Leuten praktiziert, bewußt der unbewußt, mit unterschiedlicher Schwere der Belastung von anderen Personen; vieles, was vorher klar schien, geriet ins Wanken(z.B.dem Fandungsapparat keine Informationen zu liefern), beziehungsweise war als Position nur scheinbar vorhanden oder aber nicht einlösbar.
Wir wollen mögliche Ursachen nachvollziehen, um damit die Möglichkeit zu haben, ähnliche Fehler in Zukunft vermeiden zu können. Für die folgenden fünf Punkte gilt, daß sie rein schematisch aufgezählt sind und in der Realität nur in Mischformen auftreten. Auch soll nicht die absolute Klarheit beschworen werden, die sich in der Regel auch nie erreichen läßt; aber zumindest die, daß mensch nicht an Aktionen teilnimmt, falls einige Zweifel daran bestehen, in der Lage zu sein in einer Situation der verschärften Konfrontation niemanden zu belasten. Auf der anderen Seite müßte durch genaueres Umgehen vermieden werden, daß Leute ohne bestehende Notwendigkeit Dinge erfahren, die für sie eine Belastung in eben genannten Situationen bedeuten könnten.

★ ★ ★

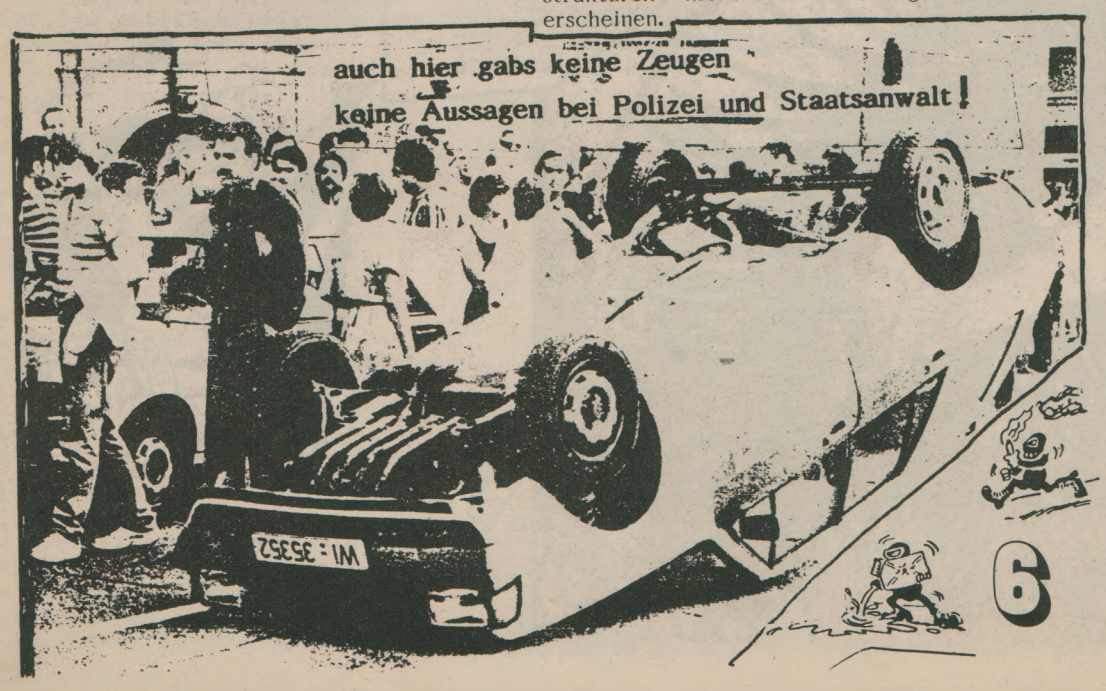
Mögliche Ursachen und Beweggründe:

1)Das bestehende Mißverhältnis zwischen der Teilnahme an Aktionen, die Knast oder zumindest Geldstrafen zur Folge haben können, ohne vorherige Auseinandersetzung mit diesen möglichen Konsequenzen für die eigene Person.
Es wird dann an den unmittelbaren Bedingungen für die geplante Aktion überlegt (was ja auch Spass machen kann), aber der unangenehme "Rest" wird ausgeblendet und verdrängt. Die "Erkenntnis" kommt dann erst beim Verhör, das drohende Monate/Jahre Knast für die Person "zu viel " sind ; da ist es natürlich zu spät sich aus der Afaire zu ziehen und es wird der Versuch unternommen sich zu retten, in dem andere belastet werden.
Auseinandersetzung heißt im wesentlichen, sich die drohende Situation Festnahme/Verhör/Knast vorher möglichst genau vorzustellen, um herauszubekommen, ob du so wie du bist (du selbst kennst deine Schwächen am besten) mit dieser Situation zurecht kommst. Mit anderen kannst du diskutieren, was es für Möglichkeiten gibt sich in solchen Situationen zu verhalten. Das Ganze hat natürlich nur Sinn , wenn du dich nicht selbst bescheißt und ein gewisses Vertrauen besteht, und es deswegen nicht notwendig ist sich und anderen den/die Helden/in vorzuspielen und z.B. vorhandene Ängste zu verschweigen. Insgesamt liegt darin die Möglichkeit , sich klar zu werden, wie mensch sich verhalten will und was dafür zu beachten ist.Die Drohung mit Knast verliert an Schrecken, wenn du geklärt hast, daß du für bestimmte Vorstellungen bereit bist diese Möglichkeit in Kauf zu nehmen.
2)Überlegungen (oder vielmehr Zweifel), ob es sich überhaupt "lohnt" Strukturen zu schützen, die wir oft schon als mangelhafte und zersplitterte erkannt und benannt haben und einige von uns sich schon öfter gefragt haben, ob es noch Sinn hat, diese aktiv zu unterstützen.Dazu ist zu bemerken, daß es der vollkommen falsche Zeitpunkt ist, Konsequenzen aus vorhandenen Zweifeln im Verhör oder während der Vorladung zu ziehen.
Sie zu ziehen ist zu einem früheren Zeitpunkt angesagt, wo bestehnde Differenzen und daraus entstandene Distanz nicht solche verheerenden Folgen haben, wie im Verhör.
Bei Verhör oder Vorladung bekommt es den bitteren Beigeschmack von verspäteter Rache, wenn die "Schuld" dann bei allen anderen nur nicht bei sich selbst gesucht wird.
Um es ausdrücklich dazu zu schreiben: Wir meinen nicht, daß Leute mit großen Differenzen zu autonomer Politik generell eher bereit sind andere zu belasten.

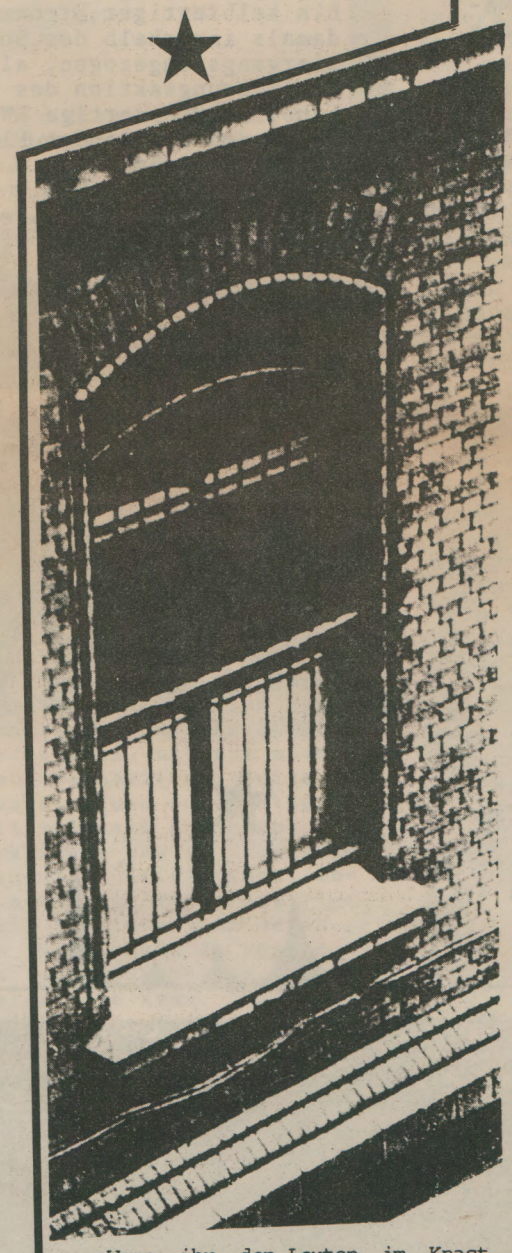
So berechtigt uns eben genannte Zweifel auch erscheinen, halten wir es für richtig und notwendig die "desolaten" Strukturen zu schützen, auch wenn vieles, was wir formulieren höchstens im Ansatz verwirklicht ist. Es ist noch verdammt viel zu tun diese Vorstellungen Realität werden zu lassen, aber die Preisgabe im Verhör hilft der Gegenseite, bescheidene Ansätze schon im Keim ersticken zu lassen. Ein anderer Aspekt ist zudem der, daß ein in Jahren politischer Arbeit entwickelter Teil der Persönlichkeit sich auch dann lohnt zu schützen, wenn genannte Szenenstrukturen nicht so verteidigenswert erscheinen.

3) Eine andere Schwierigkeit ist die festzustellende Schwäche der Restbewegung, als deren Teil wir uns begreifen. Sie ist lediglich ansatzweise in der Lage drohende Konsequenzen politisch oder materiell abzuwenden, mangels Stärke und Geld.
Dies ist so traurig als es wahr ist, aber ähnlich wie bei Punkt 2 läßt sich da nur sagen: es ist eine späte Erkenntnis und daß der Preis für politische Arbeit, die dem Staat unbequem ist, ein hoher ist und immer sein wird liegt in der Logig und Berechnung der Gegenseite.
4) Ein ursächlicher Standpunkt mag schließlich der einfache egoistische sein, von dem aus betrachtet eine anstehende Verteilung von Lasten logischerweise immer hauptsächlich auf andere umzulegen ist. Nach dem Motto "ich hab kein Bock auf Knast" muß dann folgerichtig geplaudert werden.
5) Als letzte Möglichkeit kommt schließlich noch in Betracht, daß Leute sagen/denken "alles was sie hier und im folgenden lesen, war ihnen nicht bekannt" oder zumindest nicht bewußt. Das ist in der Zukunft dann ja anders und für die gilt dann : vor allen Organen des Staates pssst !!
Zusammengefaßt läßt sich sagen :

Auch wir können uns nur auf uns selbst und das Prinzip Hoffnung stützen und und plädieren für die totale Aussageverweigerung als Garantie dafür ,daß nicht zu viel "erzählt" wird.



GEFANGENE VOM 2.11.



Wenn ihr den Leuten im Knast schreiben wollt:

ANDREAS EICHLER,
JVA 1 Ffm-Preungesheim,
REINER HÜBNER,
JVA 1 Ffm-Preungesheim,
ANDREAS SEMISCH,
JVA Frankenthal,

Alle Briefe an die Gefangenen mit dem Namen und dem jeweiligen Knast und dann folgender Anschrift:

über den zuständigen
Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe

Die Inhaftierten

Reiner Hübner

Am 4.11.87 vorläufig festgenommen mit dem Vorwurf, Tatverdächtiger zu sein, obwohl der Polizei durch abgehörte Telefongespräche bekannt war, daß Reiner am 2.11. nicht an der Startbahn war und zudem ein Alibi hatte. Am 5.11.wurde er wieder entlassen. Am 24.11. erneut festgenommen und am 25.11. vom Haftrichter Haftbefehl erlassen mit dem Vorwurf nach 129/129a Mitglied einer kriminellen/terroristischen Vereinigung zu sein, beteiligt bei Anschlägen auf Strommasten und mehreren Brandanschlägen.
Zuerst saß Reiner in Ffm-Höchst. Dort wurde ihm der Hofgang nur gestattet, nachdem er eine Erklärung unterschrieben hatte, in der er sich einverstanden erklärt, daß das Wachpersonal, wenn es sich durch ihn bedroht fühlt, von der Schußwaffe Gebrauch machen darf. Später wurde er nach Ffm-Preungesheim verlegt, weil im Höchster Knast keine Isolationshaftbedingungen (zB keine Trennscheibe) möglich sind. Während beim Zugangspaket fast alles durchging, wurden beim Weihnachtspaket über 3/4 der Sachen zurückgewiesen wie Briefpapier, Schreibmaterial.
Besuche alle 2 Wochen für maximal 3 Personen (Antrag muß gemeinsam gestellt werden). Da Reiner die Trennscheibe nicht akzeptiert und zudem der Leiter der politischen Polizei (K 41, Tietze) dabeisitzen will, zusätzlich zu den LKA-Überwachern, brach Reiner bisher die Besuche nach Ausrichten von Grüßen jeweils ab.

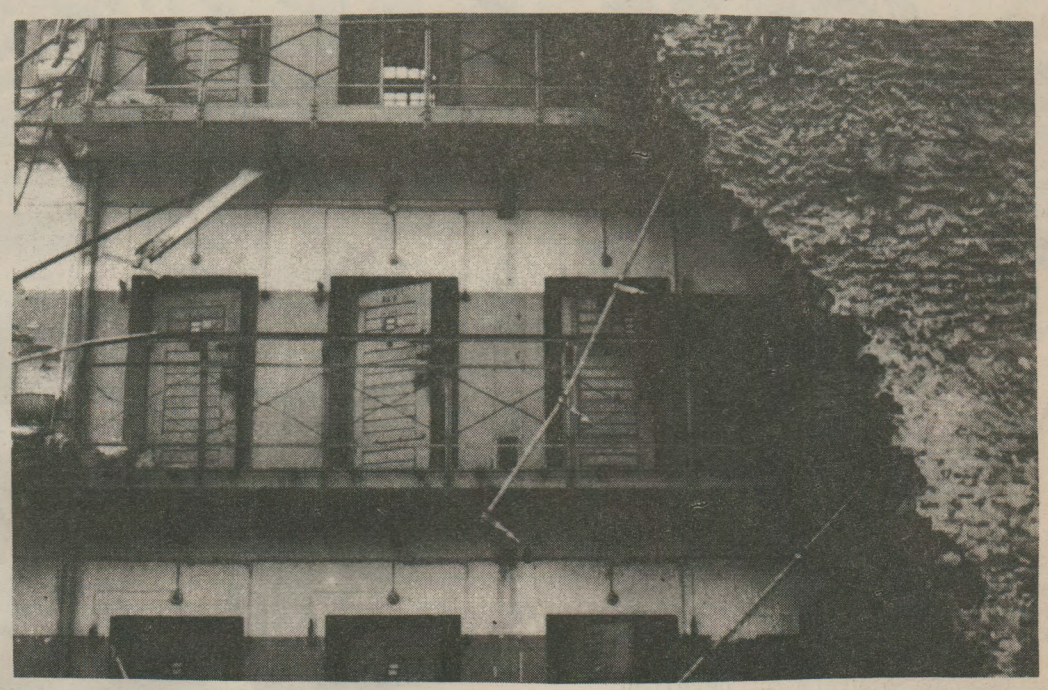
Andreas Semisch

Nach je 2 Hausdurchsuchungen bei Freundin und bei Eltern von Andi erfuhr er, daß er als Beschuldigter gesucht wird, aber kein Haftbefehl existierte. Andi geht am 25.11. zum LKA, Vernehmungsversuche von Polizei und Staatsanwalt scheiterten. Andi wurde vorläufig festgenommen und wurde am 26.11. dem Haftrichter in Karlsruhe vorgeführt. Vorwurf: Spätestens seit Juni 86 Mitglied terroristischer Vereinigung, Auflistung 13 Anschläge, einziger konkreter Vorwurf: Angebliche Beteiligung Strommastanschlag Mörfelden 20.Juni 87.
Als zweiter Komplex wird vorgeworfen: Entwendung je einer Polizeipistole bei Hanau-Demo 84 und Hanau-Demo 86. Diese Waffen wurden bei seiner Freundin und bei den Eltern vergeblich gesucht.
Haftgrund für U-Haft: Fluchtgefahr. Obwohl fester Wohnsitz, Arbeitsplatz, Einkommen, stabile soziale Bindungen, freiwillig zum LKA gekommen.
Haftprüfungstermin 23.12.: Vorwurf "Mast Mörfelden" wird als haltlos fallengelassen (keine Gründe) dafür neue Beschuldigung wegen Teilnahme an Mastaktion vom 100. Sonntagsspaziergang am 1.1.84 und Brandanschlag auf eine Bank während der Kirchentagsdemo in Ffm Juni 87. Beweismittel sind angebliche Aussagen, die weder personell noch inhaltlich angegeben wurden.
JVA Frankenthal Einzelhaft, Hofgang mit 1 oder 2 anderen Gefangenen, 3 Std Gemeinschaftsfernsehen, Ausschluß von allen Gemeinschaftsveranstaltungen, Trennscheibe bei Besuch und Anwaltsgespräch, Besuch von Freundin und Kind ohne Trennscheibe aber vollständiges Berührungsverbot.

Andreas Eichler

Ffm-Preungesheim, Einzelhaft 23 Std, Einzelhofgang 1 Std, Einzelduschen, Sichtblenden am Fenster, Nachbarzellen leer, 10.Stock, nachts mehrmals Tür auf / Licht an / Licht aus / Tür zu. Besuche max 3 Personen gleichzeitig (Muß ein Antrag gestellt werden.), Besuche alle 14 Tage 1/2 Std, Trennscheibe (Eltern ohne), Fragen über Haftbedingungen führen zu Besuchsabbruch.
Tageszeitungen FR/FAZ nie erhalten, NP wird ab und zu unter der Tür durchgeschoben, Stern/Spiegel seit neuestem ausgehändigt, Radio und Fernsehen 2mal Anträge gestellt aber noch keine Antwort, Infosperre über Tagesgeschehen.

Erklärung von Andreas Semisch



erst einmal möchte ich mich bedanken für die breite solidarität und die vielen briefe, die ihr mir und den anderen gefangenen des startbahnwiderstands geschickt habt. ich glaube auch im namen der anderen gefangenen zu sprechen, wenn ich sage, daß eure briefe unsere entschlossenheit und unseren widerstand hier drinnen stärken, daß wir uns nicht aufgeben werden.

knast ist außer der gezielten liquidation eines der offensten und letzten mittel ihrer herrschaftssicherung, das dann eingesetzt wird, wenn andere maßnahmen zur korrumpierung und brechung deiner identität versagt haben. an knast und isolation wird das gewaltverhältnis in diesem system am klarsten zum ausdruck gebracht. es ist eine neue, subjektive erfahrung, die jede, jeder macht, der einfährt. die isolation zu durchbrechen, den kampf gegen die organisierte unmenschlichkeit auf allen ebenen zu führen, heißt für mich, permanenter kampf um eigene identität, aber auch kritik - selbstkritik an unseren fehlern und schwächen, wie an unseren stärken zu führen.
das gleiche fordere ich natürlich auch von euch draußen!

zu den politischen konsequenzen der schüsse am 2.11.1987, wie z.b. die zerschlagung von sozialen bewegungen, ist schon eine menge qualifiziertes und unqualifiziertes gesagt, bzw. geschrieben worden. ich möchte dem nicht noch eins draufsetzen, sondern vielmehr das umreissen, was uns alle hier und jetzt angeht.
nur so viel zu dem thema: die schüsse nur als "politischen fehler" zu begreifen, heißt die dimension dieser tat nicht zu erkennen. ich meine damit nicht nur die moralische zweifelhaftigkeit dieser aktion, sondern vor allen dingen ihre verantwortungslosigkeit gegenüber vielen menschen, die dadurch in eine auseinandersetzung hineingezogen worden wären, der sie weder politisch noch praktisch gewachsen gewesen sind. was wäre passiert, wenn es einen schusswechsel gegeben, bzw. die polizei zurückgeschossen hätte? auch wenn es inzwischen müßig ist, weiter über diese frage zu spekulieren, so muß man sie sich immer wieder vor augen halten, um zu begreifen wie viele menschenleben diese aktion gefährdet hat, sie ist politisch gesehen objektiv konterrevolutionär.

jede bewegung, die sich revolutionär nennt, hat auch eine verantwortung in bezug auf die mittel, die in einer auseinandersetzung zum tragen kommen, sie müssen der situation und dem kräfteverhältnis angemessen sein, im politischen wie im praktischen.

* * * * *

deshalb ist in dermomentanen politischen auseinandersetzung auch innerhalb der politischen bewegung, bei unserer klarheit/-unklarheit, der einsatz von schußwaffen kein mittel autonomer politik und daher abzulehnen. trotzdem finde ich es politisch falsch, sich in eine distanzierungkampagne des staates und der öffentlichen medien einspannen zu lassen, wie es anfangs auch in teilen der autonomen szene geschehen ist. diese teile sind zu unfreiwilligen helfern der bürgerlichen hetzkampagne gegen die autonome bewegung geworden. es trifft sie, wenn auch nur zu einem kleinen teil, die verantwortung für die situation, wie sie gerade ist. man muß es ganz klar formulieren: die bundesanwaltschaft wäre mit ihrer abstrusen konstruktion einer terroristischen vereinigung, wegen der ich und andere jetzt im knast sitzen, nie durchgekommen, wenn nicht in einer atmosphäre der entsolidarisierung und gegenseitigem distanzierungswahn viele leute aus der szene, die vorgeladen und verhaftet worden sind, der polizei alles mögliche erzählt hätten. aus angst und aus dem wahnwitzigen bestreben irgendetwas zu erzählen, nur damit ja kein verdacht auf einen zurückfällt, sind einige sogar so weit gegangen, andere aus unwissenheit oder bewußt mit falschen aussagen zu belasten. nicht nur diese leute, sondern jeder der eine aussage gemacht hat, und sei sie angeblich noch so unwichtig, hat objektiv dazu beigetragen, der bundesanwaltschaft die möglichkeit zu geben, diese umzudrehen und in ihrem sinn zur legitimierung ihres konstrukts zu verwenden. für uns als gefangene ist dies natürlich eine bittere erfahrung, letztendlich werden diese aussagen dazu benutzt, uns länger in haft zu halten.

die frage, die wir uns stellen müssen, ist die, wie wir uns gemeinsam der repression gegenüber verhalten und zur wehr setzen wollen. dazu ist es notwendig, über den regionalen tellerrand der startbahnbewegung hinwegzusehen und andere politische gefangenen bei einer eventuellen kampagne miteinzubeziehen. für die festlegung gemeinsamer forderungen ist es notwendig, einen konsens zu finden und mit der dsiskussion drinnen wie draußen anzufangen.
es ist für uns drinnen nicht nützlich, ideologische gräben noch zu vertiefen und zu streiten wer zu wem und warum das richtige politische verhältnis hat, oder nicht hat. es ist klar, daß es unterschiede und widersprüche in der einschätzung bzw. beurteilung der situation zwischen den gruppen gibt, es gilt diese in der diskussion aufzulösen.
am 19.12.1987 gab es eine bundesweite durchsuchungs- und verhaftungswelle von bundeskriminalamt und bundesanwaltschaft mit dem ergebnis, daß vier leute: andrea sievering, eric prauss, ingrid strobl, ursula penselin wegen angeblicher mitgliedschaft in einer terroristischen vereinigung im knast gelandet sind. auch wenn die bundesanwaltschaft behauptet, es wäre keine konzertierte aktion und es gäbe keine parallelen, so ist doch allein die geringe zeitliche abfolge zu der verhaftungs- und repressionswelle im rhein-main-gebiet gegenbeweis genug. auch wenn z.b. die durchsuchung des gen-archivs in essen auf den ersten blick wenig mit der startbahnbewegung zu tun hat, so geht es doch hier um die einschüchterung von gruppen, die an konkreten themen arbeiten, wie auch um die zerschlagung jeglichen revolutionären widerstands, der für sie nicht mehr integrierbar ist.

deshalb gilt für mich als gefangener aus dem startbahn-widerstand meine uneingeschränkte solidarität den leuten, die am 19.12.1987 und danach eingefahren sind. sie gilt natürlich auch allen anderen politischen gefangenen, die gleich mir noch in den knästen sitzen,
so auch den gefangenen von action directe, die seit dem 1.12.1987 für ihre zusammenlegung im hungerstreik kämpfen.

NACHTRAG - vortrag zur verhaftung von jens in bielefeld im dezember 1986

dass wir erst jetzt und dass wir jetzt was sagen, macht eine erklärung notwendig.
wir, eine gruppe verschiedener menschen in bielefeld, bereiten uns auf den anstehenden prozess gegen jens vor. getroffen haben wir uns in diesem rahmen, weil jede einzelne und jeder einzelne sich in einer besonderen art und weise mit der verhaftung von jens, mit ihm, während der zeit der u-haft sowie danach, und den auseinandersetzungen, die sich daran in bielefeld entwikkelt haben, auseinandergesetzt hat und auseinandersetzt. die fortführung dieser auseinandersetzung, was heisst, dass wir jetzt gemeinsam den prozess vorbereiten, ist uns wichtig, weil wir aus der aufarbeitung dessen, was gewesen ist, aus unserer eigenen geschichte, lernen wollen, uns die gemachten erfahrungen für den gemeinsamen entwicklungsprozess aneignen und auch vermitteln wollen. darüberhinaus begreifen wir den anstehenden prozess gegen jens nicht nur als eine speziell gegen ihn gerichtete massnahme des staatsschutzes sondern als einen (stellvertretenden) angriff auf alle, die hier was anderes wollen und beginnen, sich praktisch für den revolutionären kampf zu organisieren.

was gewesen ist : eine kurzchronologie:

- 5.12.86 festnahme von jens und eines weiteren menschen (der nach fünf stunden wieder freigelassen wird), nachdem die schweine ein bekennerschreiben zu einem sprengstoffanschlag auf siemens gefunden hatten; tatvorwurf: "mitgliedschaft in einer ' eigenständigen ' terroristischen vereinigung" (§ 129a stgb) und "vorberietung eines sprengstoffverbrechens" (§ 311 stgb)- die ermittlungen richteten sich auch gegen eine weitere frau u.a. ; jens macht eine aussage.
- 6.12.86
vorführung vor den ermittlungsrichter am bundesgerichtshof karlsruhe: haftbefehl; anordnung eines 9-punkte haftstatuts; jens wird in die jva-frankenthal gebracht.
- 9.2.87
die baw gibt das ermittlungsverfahren an die generalstaatsanwaltschaft (gensta) düsseldorf nach § 142a abs.2 nr.2 gvg, wegen "minderer bedeutung", ab.
- 2.4.87
die gensta düsseldorf stellt das ermittlungsverfahren nach § ermittlungsverfahren nach § 129a ein und gibt das rest-ermittlungs verfahren nach § 311b stgb an die staatsanwaltschaft bielefeld ab.
- 22.4.87
2. haftprüfungstermin: der haftbefehl wird ohne auflagen aufgehoben - jens ist raus.
-dez.87
das ermittlungsverfahren gegen die oben genannte frau wird eingestellt.

die frage, warum so wenig informationen in der ersten zeit nach jens verhaftung und nach der freilassung gar keine kamen, zu beantworten, macht eine genauere darstellung der situation in bielefeld nötig.

im herbst 1986 begannen sich die bestehenden zusammenhänge und damit auch die strukturen in bielefeld aufzulösen. auf der einen seite zogen sich verstärkt menschen, die seit längerer zeit politisch gearbeitet hatt, aus der ' scene ' heraus, auf der anderen seite mobilisierten sich viele menschen (an der tatsache, dass die faschisten in bielefeld das nf-zentrum aufbauten), die für sich mit der politischen auseinandersetzung anfingen. in dieser durch den 'generationswechsel' bzw. fluktuation geschwächten ' scene ' brach an der " vergwaltiger-debatte " alles auseinander und zusammen - auch die zusammenhänge, die sich an der verhaftung von jens und in den auseinandersetzungen darum am entwickeln gewesen waren.

wichtig ist auch, dass jens aus keinen zusammenhängen heraus verhaftet wurde, die die in dieser situation notendigen schritte hätte politisch entwickeln, tragen und vertreten können. das heisst, es gab in bielefeld keine verbindlichen strukturen, die politisch tragfähig entwikkelt worden waren und aus denen heraus eine adäquate handlungsfähigkeit möglich gewesen war. derartige bedingungen, also der aufbau von zusammenhängen und einer struktur, mussten erst entwickelt werden.
daraus ergab sich eine individuelle bzw. individualisierte heran- und umgehensweise bezüglich der anstehenden und notwendigen aufgaben, in der und aus der heraus sich die einzelnen bzw vereinzelten menschen überfordert fühlten und waren und dementsprechend auch nicht handlungsfähig waren.
dazu gehörten auch die schwierigkeiten, mit der aussage von jens umzugehen sowie informations mängel und vermittlungsprobleme (als ausdruck eben der mangelhaften struktur), was in der wirkung zu einer ungenauen vorstellung hinsichtlich der notwendigen schritte und des verhaltens führte.

das, was sich trotz dieser schierigkeiten langsam zu verbindlicheren zusammenhängen formierte, löste sich dann an dem punkt, als jens rauskam, auf. es war völlig unklar, wie es nun weitergeht, da jens die vorstellung hatte, in eine andere stadt zu gehen, und da die, die sich bisher damit auseinandersetzten, anfingen, die 'alten' sachen (wieder) weiter zu machen. das änderte sich erst, als wir für uns gemeinsam die prozessvorbereitung bestimmten und mit der konkreten auseinandersetzung begannen.

der verlauf der ereignisse und unser verhalten und handeln dadrin hat uns klar und deutlich gemacht, dass es so nicht weitergeht; dass unsere politik an der aktualität von ereignissen und an der wie auch immer konkreten subjektiven betroffenheit orientiert und so allen 'tagespolitischen' und 'gefühlsmässigen' schwankungen unterworfen ist; das wollen wir nicht mehr, und wir begreifen die aufarbeitung dessen was geschehen ist, im rahmen der prozessvorbereitung und darüber hinaus, als möglichkeit, aus den fehlern und ungenauigkeiten zu lernen, uns gemeinsam zu entwickeln, kontinuierliche und verbindliche zusammenhänge aufzubauen, um als teil der revolutionären kämpfe handlungsfähig zu werden und so den revolutionären prozess voranzutreiben.
das vorgehen der staatsschutzorgane und der verlauf des ermittlungsverfahrens: die verhaftung von jens propagandistisch aufzublasen und zu verwerten:
hinweis aus der bevölkerung, festnahme/fahndungserfolg im zusammenhang mit den kämpfenden ein heiten, aussage....
und dann und die mehr oder weniger sang-und klanglose abgabe und reduzierung des verfahrens bis auf die niedrigste mögliche juristische ebene und dementsprechend dann auch die aufhebung des haftbefehls und das raus lassen von jens wirft die frage auf, wie das alles zusammenpasst bzw. was das soll. eine antwort darauf hiesse zu spekulieren, zu erklären, warum der staatsschutz was und wie genau macht- das können wir nicht und wollen wir auch nicht, uns 'ihren' kopf machen.
die abgabe des ermittlungsverfahrens durch die baw an die gensta wegen " minderer bedeutung " erklärt sich aus der tatsache, das die zentrale befugnis des generalbundesanwaltes bzw. der bundesanwaltschaft, verfahren an sich zu ziehen, das resultat des besonderen politischen strafverfahrensrechtes ist. es handelt sich um eine zentralisierte institution der inneren kriegsführung, die alle politisch besonders bedeutsamen, und d.h. praktisch immer dann, wenn sie ihren handlungsspielraum ausweiten und verrechtlichen wollen (z.b. mit der konstruktion "gesamt-raf"), prozesse mittels sondergerichten und sonderstaatsanwaltschaften inszenieren soll.

diese möglichkeit in dem kontext zu benutzen, scheinen sie für sich nicht gesehen zu haben. zu der einstellung des ermittlungsverfahrens nach § 129a sagt die gensta, dass die für eine " eigenständige terroristische vereinigung " notwendige organisationsstruktur und nähe zur roten armee fraktion nicht zubeweisen sei und das eine gemeinschaftliche vorbereitung noch kein organisatorischer zusammenschluss zu einer sogenannten " terroristischen vereinigung sei. sie führen da noch eine reihe weiterer " ermittlungsergebnisse " an, so z.b., dass in jens' adressbuch keine verschlüsselten aufzeichnungen seien und dass das gefundene bekennerschreiben kurz sei und passagen aus der erklärung des " kommando mara cagol " der roten armee fraktion zum angriff auf den siemensmanager beckurts enthalte.

Dokumentation zu diesem „Thema"
zu bestellen über:
Info-Laden Anschlag
Heeperstr.132, 48 Bielefeld 1
PREIS: 1,50 in BRIEFMARKEN
nur in haushaltsüblichen Mengen

in diesem zusammenhang sehen wir auch die tatsache, dass es in bielefeld keine hausdurchsuchungen, vorladungen und ähnliche staatsschutz-initiativen wie z.b. in anderen städten nach verhaftungen (hannover/duisburg) gegeben hat
unsere einschätzung ist, dass den schweinen der erreichte propagandistische erfolg ausreicht, nachdem sie im rahmen der ermittlungen feststellten, dass es für sie aufrollbare zusammenhänge und strukturen in bielefeld nicht gibt und dass sich jens' zusammenhänge erst mal formieren und entwickeln mussten. in dem kontext eine auf der propagendistischen ausgesetzte kriminalisierung durchzuziehen, hätte ein auf konstrukten aufbauendes vorgehen bedeutet. jens hatte eine aussage gemacht, in der er sich selbst belastet hatte, was ihnen fakten in die hand gegeben hat, mit denen sie anders vorgehen konnten, als nur auf konstrukte zu setzen.
hier ist es auch angebracht, darauf hinzuweisen, dass das vorgehen des staatsschutzes gegen menschen aus dem widerstand, die eine aussage gemacht haben, eine andere linie ist, als das stringente durchziehen des staatsschutz-terrors gegen die standhaftere genossinnen und genossen; die schweine verfolgen damit unterschiedliche ziele: spaltung, schwächung, einbindung oder der versuch der vernichtung. angesichts der tatsache, dass jens nach der aussage unmittelbar nach der verhaftung keine aussage mehr gemacht hat und für ihn ein prozess der neu-bestimmung begann, in dem er im kampf um identität auch sein verhältnis gegenüber den schweinen neu und d.h. klarer bestimmte, denken wir, dass der einstellung unter anderem auch das kalkül zu grunde liegt, der sich entwickelnden auseinandersetzung den boden zu entziehen.
die abgabe des rest-ermittlungsverfahrens nach § 311b, wegen der vorbereitung des sprengstoffanschlages, an die staatsanwaltschaft bielefeld ist dann eine konsequente entscheidung.
dass sie ihn dann rausgelassen haben, begreifen wir ebenfalls im kontext dieser staatsschutzlinie. es ist ein indirektes angebot mit ihnen doch noch zu kooperieren und zwar im sinne des sich politischen rausziehens und sich im prozess unpolitisch und konform zu verhalten, dafür ein gnädiges urteil, dass hiesse: bewährung, zu kassieren und die schweine können dann den rechtsstaat hochleben lassen, und dass aussagen sich doch lohne und dieses system doch attraktiv sei.
darüberhinaus eröffneten sie sich damit auch nochmal die möglichkeit, auf einer anderen ebene zu gucken, mit wem jens was zu tun hat und wie unsere zusammenhänge aussehen.
auch wenn sie da zu nichts kommen wird das ein aspekt sein; so ermitteln sie nämlich immer noch.

letztendlich lässt sich die taktik des staatsschutzes aber erst mit dem vorliegen der anklageschrift einschätzen: da werden sie sagen, was sie wollen. in den ermittlungsakten lassen sich ja leider nur die von ihnen präparierten und als zur veröffentlichung unbedenklich eingestuften und daher in ihrem aussagewert sehr reduzierten " ergebnisse " finden.
wir gehen davon aus, dass die anklageschrift in den nächsten monaten kommt und dementsprechend der prozess dann stattfinden wird.

im zusammenhang mit der vorbereitung des prozesses finden wir es wichtig, die diskussionen zu vermitteln und informationen zu verbreiten, um eine auseinandersetzung zu ermöglichen.

"kritik ist eine waffe
+
selbstkritik
die selbstbewaffnung, revolution
in einem selbst:
in einem die herrschende klasse
stèrzen in der eroberung der proletarisch-revolutionären macht
ganzundgar -
' unter meiner haut beginnt das
befreite gebiet, die selbstständige rote macht'."
holger, 4.7.73

nachdem der artkel geschrieben wurde, bekamen wir noch eine überraschende nachricht:
das rest-ermittlungsverfahren nach § 311b stgb, gegen jens, ist laut seinem anwalt, eingestellt worden. jens selber erhielt in der letzten woche einen strafbefehl über 6o tagessätze à 2o dm für den diebstahl eines, im zusammenhang mit seiner verhaftung, in seiner wohnung gefundenen feuerlöschers. er hat gegen diesen strafbefehl widerspruch eingelegt.
diese nachricht, über die einstellung des rest-ermittlungsverfahrens, wird im augenblick intensiv diskutiert und es wird eine einschätzung dazu veröffentlicht werden, sobald als möglich. erst mal wird jetzt gespannt auf den schriftlichen einstellungsbescheid der staatsanwaltschaft gewartet. ★

129a-verfahren gegen den buchladen "anschlag" eingeleitet!

gegen den vorstand des buchladens "anschlag" in bielefeld ist ein verfahren nach § 129a stgb im zusammenhang mit der radikal nr. 133 eingeleitet worden. ermittelt wird von der generalstaatsanwaltschaft düsseldorf.
den ermiitlungen vorausgegangen war ein besuch des hiesigen k14 (politische bullen) im september des letzten jahres. sie verlangten die 'rausgabe aller vorhandenen radis der nummer 133 und ließen einen beschlagnahmebeschluss der baw zurück. es gab keine durchsuchung, allerdings wiesen die bullen noch darauf hin, dass alle weiteren exemplare dieser nummer, sollten sie auftauchen, unverzüglich bei der bullewrei abzuliefern seien.
jetzt, sieben monate später, bekamen alle vorstandsmitglieder (der laden wird von einem verein verwaltet) eine vorlaadung von den bullen. keine/r ist hingegangen und ein weiteres vorgehen der staatsanwaltschaft bleibt abzuwarten.
falls noch irgendwo verfahren wegen der radikal nr.133 eingeleitet worden sind, fänden wir es gut, wenn ihr uns die informationen darüber zuschicken würdet oder euch überhaupt mit uns in verbindung setzen würdet:

informationsladen " anschlag "
heeperstr. 132
4800 bielefeld 1

Befreiungsaktion in Rovigo: Gesinnungsgenossen sprengten ein Loch in die Gefängnismauer und verhalfen vier Top-Terroristinnen der Prima Linea zur Flucht. Die italienische Polizei vermutet einen Zusammenhang mit der Entführung des amerikanischen Nato-Generals Dozier im nahen Verona.

Zu den Durchsuchungen und Festnahmen vom 18.12.

aus: Info 4

Mittlerweile sitzen Ulla und Ingrid seit über sechs Wochen im Knast. Bei Ulla wurde nach dem Haftprüfungstermin am 20.1.88 der Haftbefehl noch erweitert, Ingrid hatte erst am 4.2. Haftprüfung. Die Entscheidung wurde zwar vertagt, wir gehen aber davon aus, daß auch sie weiter in Haft bleibt.

Nach der schnellen Mobilisierung und der breiten Solidarität der letzten Wochen ist für uns jetzt der Moment gekommen, intensivere und längerfristige Überlegungen über unser weiteres Vorgehen anzustellen.

Dabei geht es — natürlich — auch weiter darum, möglichst bald die Freilassung der beiden Frauen zu erreichen. Dazu gibt es bislang die Idee, im April eine größere Aktionswoche gegen das Genzentrum Hamburg zu organisieren.

Aber wir wollen auch versuchen, über die Razzia vom 18.12. hinaus der allgemein anwachsenden Repression etwas entgegenzusetzen. Wie das genau aussehen soll, da stecken wir noch mitten in der Diskussion. Da wir keine halbgaren Plattheiten verbreiten wollen, haben wir in diesem Info auf eine genauere Stellungnahme verzichtet.

Brief von Ulla

Ich höre, ihr wollt wissen, wie es mir so geht.

Ich habe mich selten so wenig einsam, so zusammengehörig mit euch gefühlt, wie jetzt. Ich weiß nicht, wie es ohne euch wäre — im Moment kann ich sagen, es geht mir gut (wie heißt es doch, den Umständen entsprechend).

Ich kriege viel mit. Mit all der Post ist schon ein ganzer Ordner gefüllt, immer mal wieder kommen Leute an die Mauer, rufen, singen. In der TAZ finde ich Grüße, Ankündigungen zu Veranstaltungen und Demos (allerdings wenig Infos um das ganze drumherum). LeserInnen schreiben Briefe, Gedichte. Das alles zusammen ist persönliche und politische Ermutigung. Geschichten aus dem Alltag und das Wissen, daß es draußen (und erst recht!?) an der Inhalten weitergeht, gibt mir Kraft, macht Mut — ist einfach toll!

,,Solidarität ist eine Waffe'' ist kein Propagandaspruch, sondern heißt Leben — unser Leben — auch im Knast.

Gleichzeitig auch Realität der Isolationshaft — wenn sie meinen Kopf auch nicht besetzt hält. 23 Stunden am Tag in 26,22 m³ (steht draußen an der Zellentür). Raus nur bei Besuch, zum Duschen (alleine) und für die Stunde Hofgang pro Tag (alleine).

Jeder Wortwechsel mit irgendeiner Gefangenen soll verhindert werden. Gelegenheit dazu gibt es wenig: vielleicht auf dem Flur, wenn ich irgendwo hingebracht werde oder beim Hofgang vorm Haus, wenn eine am Fenster ist. Dann drohen der vorzeitige Abbruch der sog. Freistunde und infolgedessen Disziplinarstrafen, wie z.B. Sperrung des Hofgangs für eine Zeit. Das alles ist erstmal unabhängig von Inhalten, egal ob ,,Guten Morgen'', ,,Wie heißt du?'', ,,Hast du die Demo gestern gehört'', ,,Welches Buch liest du gerade?'' oder ,,Das wollen sie doch gerade, bezwecken, daß wir uns ducken''. Selbst solche Bruchstücke, weit entfernt von Gesprächen, haben hier eine immense Bedeutung für uns!

Das verordnete Schweigen durchbrechen, nicht mundtot sein. Um diese Bedeutung wissen sie auch!

Zur Zeit komme ich zum Hofgang nicht mehr auf den Platz vorm Haus (immerhin ein bißchen Rasen mit nem Plattenweg drumherum, Möglichkeit zu Laufen und eben die Fenster), sondern etwas weiter weg auf einem kurzen Stück Kopfsteinstraße, zwischen Toren, auf einer Seite ca. 5 Meter hohe Mauern, an der anderen Seite Hauswand, eine Schlucht. In der Zelle laufen geht nicht, wenigstens einmal am Tag den Kreislauf ankurbeln. Auf diesem Plätzchen ist alles voll mit Taubenscheiße, weil die Typen dort Brotreste und ähnliches aus dem Fenster schmeißen (ich versuch die Tauben zu beschwören, daß die Bewacherin auch mal was auf den Kopf kriegt). Und in der Begründung für diesen Ortswechsel kommt dann klar zum Ausdruck, daß es nicht nur abstrakt darum geht, unseren Mund zu verschließen, sondern besonders auch den Kontakt zu den anderen § 129a Gefangenen: hier ist esBarbara Ernst, zu verhindern.

Dieses Abschneiden von jedweder gewohnten und lebensnotwendigen Auseinandersetzung wird mit den verschiedensten Mitteln, natürlich auch in Bezug auf die Kontrolle nach draußen, durchgezogen. Besuche von FreundInnen sind überwacht und mit Trennscheibe.

Anwaltsbesuche auch durch die Scheibe, die Post wird verschleppt (Postwege bis 14 Tage), Briefkontrolle (auch Anwaltspost), ständige Beschlüsse vom BGH über Nichtaushändigung von Post (z.B. Flugblätter und Zeitungsartikeln), da wird dann ungehemmt aus einer Broschüre rausgerissen. Im Moment werden dauernd Kopien nicht ausgehändigt, (unabhängig vom Inhalt, z.B. Liedtexte, damit ich mal einen Text zu Ende weiß und vor mich hinsingen kann). Das wäre z.B. eine massive Behinderung bei der Versorgung mit Material für eine längerfristige thematische Arbeit, denn es steht eben nicht alles wissenswertes in Büchern, von denen ich jeweils 20 auf der Zelle haben kann.

Es gibt so viele Grenzziehungen, und ständig stößt du auf neue. Ein täglicher Kampf dagegen an, und gleichzeitig der Zwang, damit umgehen zu lernen. Du mußt z.B., einfach akzeptieren, daß du so gut wie nichts bekommst, ohne nen schriftlichen Antrag (höchstens das Antragsformular), aber diesen Antrag dann auch schreiben und nicht locker lassen, da könnte wohl jeder Gefangene Romane drüber schreiben.

Und das heißt für euch auch: die Grenzen immer wieder ausprobieren, sich nicht selber begrenzen (neue Luftballons habe ich mit der Post gekriegt und meine Querflöte bekomme ich auch, das hätte ich beinahe nicht beantragt, das wird so wie so nichts ...)

Eine Haftbedingung ist noch zu erwähnen: eine beabsichtigte ,,Isolation von mir selbst'': keine eigene Kleidung.

Was noch? Es fehlen tausend Kleinigkeiten, die den Knastalltag bestimmen, die sich — manchmal — unversehens zu einem Berg auftürmen, wenn ich gerade denke, auf halbwegs sicherem Terrain zu sein. Das treibt manchmal die Tränen in die Augen — ausgeliefert sein — Wut, aber keine Entmutigung.

Seid alle ganz lieb gegrüßt und laßt auch ihr euch nicht beirren

Ulla
UG Hamburg

Erklärung von Ingrid Strobl

Vorläufige Einschätzung der Dezemberverhaftung und Durchsuchungswelle

Durch den breiten Kampf gegen Gentechnologie und Flüchtungspolitik werden essentielle Herrschaftsinteressen im Imperialismus getroffen. Daher erklärt sich das geradezu hysterische Vorgehen des Staates gegen die Menschen, die diesen Kampf egal auf welcher Ebene führen. Und auch, daß sich dieses Vorgehen primär gegen Frauen richtet, ist logisch.

Frauen spielen im Projekt der totalen restlosen Zurichtung der Welt auf die Interessen der Metropole eine enorm wichtige Rolle. Und Frauen haben gleichzeitig auf dieser Welt den Kampf gegen ihre Unterdrückung aufgenommen. Das Kapital beschränkt sich heute nicht mehr darauf, die kapitalistisch und patriachal zugerichtete Arbeit der Frauen billig und unbezahlt zu verwutzen und gleichzeitig ihre Körper der privaten/individuellen Ausbeutung durch je einzelne Männer zu überlassen (wodurch es indirekt auch wieder profitiert). Frauen werden heut direkt auch als Körper dem Kapital unterworfen. Als sexuelle „cash crop", als billige Handelsware des internationalen Produktionsmarktes, als Ware „Katalogbraut", als Objekt des expandierenden und hochprofitablen Pornomarktes, als Rohstoff für die Gen- und Reproduktionsindustrie. Die Gen- und Reproduktionstechnologie, von Fachleuten als Zukunftsbranche qualifiziert, ist zugleich zweierlei: Mittel und Zweck des Profits.

Indem sie die Nahrungsmitteltechnologie „revolutioniert", liefert sie die Bedingungen (Hybridweizen: Pflanzen, die unter bestimmten Dünger- und Schädlingsbekämpfungsmitteln resistent sind) für die restliche Aufteilung nach dem Interesse der Metropole: Hier Zonen, in denen angebaut wird und in denen die Menschen als Arbeitstiere ausgebeutet werden. Dort Zonen, aus denen die Menschen vertrieben und als Flüchtlingsströme vershubt werden. So ist die Gentechnologie selbst der profitable Produktionszweig der Zukunft, die der Gen/Pharma/Bio und insgesamt Chemieindustrie Gewinne verspricht und zum Teil schon einbringt.

Und sie ist zugleich mit einer der treibenden Kräfte zur totalen Auspressung, Versklavung bis Vernichtung der Menschen unter dem Diktat der Metropolen. Auch die von dieser Totalisierung ausgelösten Flüchtlingsströme werden immer wieder im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung verschubt, vernutzt, zu bestimmten, meist „illegalen" Arbeiten eingeteilt oder als Investitutionsanlage kaserniert.

Sobald aber Teile von ihnen versuchen, sich selbständig zu bewegen und womöglich ihr Glück im Herzen der Bestie selbst zu suchen, formiert sich eine ebenso ausgeklügelte wie brutale staatliche Abwehrpolitk gegen diese „Zumutung".

Frauen spielen in dieser neu strukturierten Welt eine ganz neue Rolle. Sie werden da, wo sie noch durch minimale Subsistenzproduktion das Überleben der Familie garantieren konnten, dieser Grundlage beraubt und „freigesetzt", entweder zu Billigstarbeit auf Plantagen, in Weltmarktfabriken, als Sklaven in Privathaushalten, „Dienstmädchen genannt" und als Prostituierte oder als „unnütze Esser", die dem Hungertod bestimmt sind. Gleichzeitig werden sie als Ware Körper auf dem Weltmarkt gehandelt, entweder als Ware Körper verkauft an die Bordelle und die Pornoindustrie, oder als Ware Körper und Gratisarbeit verschachert an Privatehemänner in den Metropolen. Zugleich werden die Frauen zynisch als Mittel der präventiven Aufstandsbekämpfung ingesetzt und kalkuliert. Jerdem noch so erniedrigten und ausgebeuteten männlichen Plantagenarbeiter steht „seine" private Sklavin zur Verfügung, die er verachten, treten, quälen, töten kann. Das soll ihn auch davon abhalten, seine Wut gegen die Unterdrücker zu wenden.

Zur totalen Beherrschung der Welt und Sektion der Bevölkerung bedarf es daher aber noch der Beherrschung der Produktionsfähigkeit der Menschen, und dies heißt konkret der Frauen. Diese Hürde wird von der Industrie und der („ihrer") Wissenschaft gerade genommen, und sie brauchen dafür die Körper der Frauen als Rohstoff, als Einzelteile, als Versuchsobjekte. Und sie brauchen die Zustimmung eines Teils der metropolitanen Frauen als Konsumentinnen des Abfallproduktes künstliche Befruchtung.

Sicher müßten diese Zusammernhänge noch mehr untersucht und aufgeführt werden. Die Stichworte hier zeigen aber schon, die Herrschenden müsssen ganz besonders empfindlich reagieren, wenn zwei ihrer wichtigsten Projekte, Gentechnologie und Flüchtlingspolitik massiv angegriffen werden. Alle Menschen, die diese Angriffe führen, müssen eingeschüchtert, die militanten unter ihnen isoliert und kriminalisiert werden. Es ist daher nur logisch, daß TäterInnen gefunden werden sollen und findet man keine, so kürt man sich welche.

Ingrid Strobl
JVA Neudeck

aus einem flugblatt zu den hungerstreiks

"durch die totale I solation und die ganzen Repressalien bei den Haftbedingungen, die jede Kommunikation, jede Diskussion und jede politische Auseinandersetzung zerschlagen, versucht die imperialistische Bourgeoisie den gefangenen Kämpfer aus den gesellschaftlichen, politischen und historischen Beidnungen, die die Basis seines Kampfes waren und sind, herauszureißen, ihn davon abzuschneiden und ihn darüber zu vereinzeln und um ihn herum einen Prozess der Kriminalisierung aufzubauen, durch die Folter, die seine kollektive politische Identität und seine individuelle Integrität zerstören.
Heute basieren die Haftbedingungen der politischen Gefangenen nicht mehr auf dem bloßen Entzug der Freiheit, sondern auf einem konterrevolutionären Gesamtprojekt von kollektiver Umerziehung, die darauf zielt, den revolutionären Gefangenen zu schwächen, zu vereinzeln und zu kriminalisieren, um seine Kampfkraft zu schwächen und um ihn gegen die Politik, die er gemacht hat, benutzen zu können und so drinnen gegen draußen zu stellen, die Geschichte des Kampfes um Befreiung von ihrer Zukunft zu trennen."

(aus der Hungerstreikerklärung der gefangenen Revolutionärinnen von Action direkte, 1.12.87)

Seit dem 1. Dezember 87 befinden sich 6 gefangene Revolutionärinnen von Aktion direkte (AD), J.M. Rouillan, N. Ménigon, J. Aubron, G. Cipriani, R. Schleicher und H. Besse, in verschiedenen französischen Knästen im Hungerstreik. Vor eingen Tagen wurden 2 Frauen ins Krankenhaus eingeliefert, nach noch nicht bestätigten Meldungen sollen sie sogar auf der Intensivstation liegen.
Die Forderungen der kämpfenden Gefangenen lauten:

- Zusammenlegung aller gefangenen Kämpferinnen entsprechend dem Statut für politische Gefangene, ob sie nun der "normalen" oder der Sondergerichtsbarkeit unterliegen.
- Sofortige Schließung der Isolationstrakte für verschärfte Sicherheit.

Dieser Hungerstreik steht in der Kontinuität vieler Knastkämpfe in Frankreich im letzten Jahr gegen Isolation und Differenzierung. Seien es die Hungerstreiks von politischen Gefangenen und 20 Gefangenen in Fleury-Mérogis, in Dijon usw.,die Meutereien in Fleury-Mérogis, die Aufstände in Saint-Maur und in den Iso-Trakten von Besançon oder die Hungerstreiks mehrerer Dutzend Gefangener im August in Fresnes oder die in Bourg-en-bresse Ende letzten Jahres.
Auch in Spanien und Portugal befinden sich kämpfende Gefangene Genossinnen im Hungerstreik, obwohl wir keine genauen Infos haben, wollen wir kurz was dazu sagen, da die Kämpfe alle in einem Zusammenhang untereinander stehen und wirken müssen.
In Portugal gibt es die FP25 (Volkskräfte des 25. April), eine bewaffnet kämpfende Guerilla, sowie die FUP (Einheitsfront des Volkes), eine 1980 legal gegründete politische Partei, die im Juni 84 zerschlagen wurde, wobei 46 Parteimitglieder in einer landesweiten Razzia verhaftet wurden. Obwohl es zwischen FUP und FP25 weder einen organisatorischen Zusammenhang, noch eine Zusammenarbeit gibt, gelten die Gefangenen von FUP als "legaler Arm" der FP25 Guerilla und werden dementsprechend verknackt (siehe das Konstrukt der "legalen RAF" in der BRD).

Im Dezember 87 wurden einige gefangene Männer eines zusammengelegten Kollektivs auseinandergerissen - das Kollektiv zerschlagen. (Ob es sich dabei um eine große Gruppe oder Kleingruppenisolation handelte, wissen wir nicht.)

Unter dem Vorwand, gemeinsam verlegt zu werden, wurde die Gruppe in Knäste über ganz Portugal verteilt, 3 Genossen nach der "Reise" quer durchs Land wieder in den alten Knast zurückgebracht. Mit diesem Trick sollte ein gemeinsamer Widerstand der Gefangenen selbst im Keim erstickt werden. Gegen diese Zerschlagung eines Gefangenenkollektivs befinden sich jetzt die getrennten Revolutionäre in einem Hungerstreik. Ein größeres zusammengelegtes Frauenkollektiv ist aus Solidarität ebenfalls in den Hungerstreik getreten.
In Spanien, wo wie in Portugal die Zusammenlegung in große Gruppen in früheren Kämpfen bereits teilweise durchgesetzt war, ging es das ganze letzte Jahr über um die Zerschlagung von Gefangenenkollektiven. Sowohl gegen die ETA im Januar und Sommer 87, als auch gegen die GRAPO (antifaschistische Widerstandsgruppen des 1. Oktober) und pce(r) (kommunistische Partei Spaniens/wiederhergestellt) auch im letzten Sommer. Dabei wurden jeweils größere Gruppen von Gefangenen in Knäste übers ganze Land verteilt, wogegen es auch Kämpfe drinnen und draußen gab. Der aktuelle Hungerstreik von gefangenenen Revolutionären aus GRAPO und pce/r ist sowohl auf dem Hintergrund zu begreifen, gegen die Angriffe auf Gefangenenkollektive wieder in die Initiative zu kommen, gegen die Vereinheitlichung der Aufstandsbekämpfung in Westeuropa. Ein ganz aktueller Anlaß ist aber auch die medizinische nicht-Behandlung eines gefangenen Revolutionärs, der bei fortdauernder Unterlassung medizinischer Behandlung gelähmt sein und an den Rollstuhl gefesselt sein wird.

Die gefangenen Genossinnen, einige von ihnen im Hungerstreik, fordern die sofortige Verlegung des betreffenden Genossen in ein ziviles Krankenhaus.
Die Schweine haben über die Hungerstreiks eine totale Nachrichtensperre verhängt, sie wollen nicht, daß in den westeuropäischen Ländern etwas von diesen Kämpfen rüberkommt.

Sie versuchen von vornherein zu verhindern, daß dieser offensive Schritt von portugisischen, spanischen und französischen Revolutionärinnen hier von kämpfenden Menschen aufgegriffen, zur eigenen Sache gemacht wird und so als gemeinsamer Kampf in den Metropolen eine andere Schärfe bekommt. Daß wir recht wenige Informationen über die aktuelle Situation der Hungerstreiks haben, hat auch bei uns gewirkt. Wir dachten, ohne genauere Infos können wir uns nicht zu den Streiks verhalten. Aber das ist es ja grade, was die Nachrichten sperre erreichen soll.
Als Menschen, die in der imperialistischen BRD Widerstand leisten, im Kampf um HERRschaftsfreies, selbstbestimmtes Leben, für Kollektivität und Menschlichkeit, gegen patriarchale und kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, sind wir genauso mit der konterrevolutionären Aufstandsbekämpfungsmaschine konfrontiert wie unsere Genossinnen in den Nato-KZs.
Die revolutionären Gefangenen aus Guerilla und Widerstand sind Teil unserer eigenen Kämpfe gegen lebensfeindliche Technolgien, entfremdete Beziehungen untereinander und Unterwerfung aller Menschlichkeit unter das Diktat von Patriarchat und Imperialismus, auf dem Weg zur endgültigen Beseitigung jeglicher Herrschaft von Menschen über Menschen."

Dies sind Zitate aus einem uns vorliegenden Flugblatt, was nicht über die neuesten Informationen verfügt. Bei Redaktionsschluß lagen uns folgende weitere Informationen vor:
- die spanischen Genossinnen haben ihren Hungerstreik erfolgreich beendet und ihre neuerliche Zusammenlegung erreicht.
- die französischen Genossinnen befinden sich größtenteils in einem sehr kritischen, lebensbedrohlichen Zustand und werden zwangsernährt.
- Regis Schleicher, Gefangener der AD, hat einem noch nicht bestätigten Bericht zufolge den Hungerstreik abgebrochen, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, gemeinsame Erklärungen zu verlesen.

Außerdem sind seit der 2. Februarwoche (genaues Datum ist uns nicht bekannt) 3 Frauen aus der RAF in einem Solidaritätshungerstreik.
So, das erstmal als Fakten. Wir haben die unverzeihliche Schlamperei begangen und uns nicht frühzeitig um einen Artikel zu den Hungerstreiks gekümmert, obwohl wir es wichtig finden, eine Öffentlichkeit zu schaffen. Die augenscheinliche Lösung, die Ihr hier vorliegen habt: Auszüge aus einem Flugblatt, aktuelle Ergänzung, ist eher dürftig. Es fehlt die eigene Position, der Hintergrund des Artikels wird nicht klar. Wichtig ist es uns trotzdem, wenigstens die Informationen abzudrucken, und zwar:
- weil wir damit die Nachrichtensperre/Medienpolitik der Herrschenden ein Stück weit durchbrechen können/wollen,
- weil wir mit den kämpfenden Genossinnen im Knast solidarisch sind.

In dem Sinne.
Drinnen und draußen, ein Kampf

DIE SCHLACHT VON EUSKALDUNA ★

"Die zwingen uns ja dazu, auf die Straße zu gehn. Tun wir das nicht, hört uns keiner. Eigentlich sind wir ganz friedlich, aber wir haben 1984 und jetzt wieder eines gelernt: berufst du eine Pressekonferenz ein, nachdem du am Tag vorher Barrikaden gebaut oder einen Zug gestoppt hast, dann hast du die ganze Presse da. Sonst kommt keiner!"

Dies ist nicht die Überzeugung einer kleinen Gruppe von Aktivisten der baskischen Werft EUSKALDUNA, sondern spiegelt eine der wichtigsten Erfahrungen der -je nach Aktion 800 bis 1400 Arbeiter/innen- wieder, die nach drei Jahren, seit dem 4.Januar, wieder täglich auf der Straße sind.

Die spanische Regierung (damals noch UCD) legte erstmals 1977 Pläne für die Umstrukturierung der Werftindustie vor. D.h. im Vergleich zu anderen europäischen Ländern relativ spät. Kurz vorher wurde sogar noch eine neue Werft, mit modernster Technologie ausgestattet, fertiggestellt: Puerto Real. Da diese ersten Umstrukturierungspläne jedoch noch sehr gemäßigt aussahen, riß die Kette der Widerstandsaktionen dagegen zwar im ganzen Land nie ab, waren jedoch bis 1983 mehrheitlich von den drei großen reformistischen gewerkschaften bestimmt: der UGT, die zur 'sozialistischen Familie' der PSOE gehört, den Arbeiterkommissionen CCOO, die in den siebziger Jahren, dem Höhepunkt der spanischen Arbeiterbewegung, bis zum 'Pakt von Moncla' 1977 so stark waren, daß sie sich gegen die vertikalen Gewerkschaften Francos durchsetzen und weitgehende Arbeitsrechte und Lohnerhöhungen erkmpfen konnten. Außer im Baskenland waren die CCOO mehrheitlich von der KP dominiert. Nach dem Tode Francos schloß der reformistische Flügel fast den gesamten radikalen Flügel aus, bzw. ging der Rest von selbst. Und schließlich als dritte Gewerkschaft -dies jedoch nur in Euskadi- der ELA/STV; die Gwerkschaft der baskisch-nationalistischen Partei PNV.

Jahrelang sah es so aus, als ob es in Spanien 'nur' eine schrittweise Reduzierung der Arbeitsplätze in der Werftindustrie geben würde. Die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen wurde versprochen.... Obwohl klar war, daß langfristig die Hälfte der insgesamt 150.000 direkten und indirekten Arbeitsplätze in der Werftindustrie (pro direkten werden drei Indirekte Arbeitsplätze in der Zuliefererindustrie gerechnet). So schlugen die Pläne der PSOE-Regierung Anfang 1984 ein wie eine Bombe: Reduzierung der Werftindustrie um über die Hälfte innerhalb weniger Jahre (möglichst viele vor dem EG-Beitritt). Faktisch bedeutete dies die Schließung der EUSKALDUNA-Werft in Bilbao und von ASTANO in Ferrol in Galizien, d.h. kurzfristig die Vernichtung von 10.000 Arbeitsplätzen. Von den beiden größten baskischen Werften EUSKALDUNA (1980:2944 Arb.) und LA NAVAL (1980:5346 Arb.), sollten insgesamt 4.737 entlassen werden.

Bereits seit 1983, dem Gründungsjahr der CAT (Collectivo Autonomo de Trabajadores) die vor allem in der Werftindustrie über Einfluß verfügt, hatten sich die anderen kleineren, radikaleren Gewerkschaften LAB, CSI und INTG* wieder rekonstituiert bzw. an Stärke gewonnen. Nachdem die Verhandlungen Mitte 84 völlig festgefahren waren fällten deshalb eine kleine Minderheit von CAT- und LAB-Arbeitern auf EUSKALDUNA eine im Nachhinein historische Entscheidung: sie beschloßen, einen Zug auf dem an der Werft vorbeiführendem Bahngleis anzustecken, um den Kampf zu radikalisieren und den reformistischen Gewerkschaften nicht die Initiative zu überlassen. Die Aktion wurde ein voller erfolg, sogar die reformistischen gewerkschaften verteidigten die Aktion hinterher vor den Angriffen der Presse, um nicht ins Abseits zu geraten.

Diese Aktion setzte eine Dynamik in Gang, die sich zu einer Schlacht ausweiten sollte, wie sie Arbeiter/innen weder während noch nach Franco den Bullen geliefert hatten.

Nach einem zwei-monatigem, täglichem Nahkampf mit den Bullen. wurde die Schließung der Werft angeordnet, woraufhin die gesamte Belegschaft mit einer Besetzung von EUSKALDUNA reagierte. Es stellte sich leider heraus, das diese Besetzung demobilisierenden Charakter hatte. Ende Dezember 84 waren nur noch 400 Arbeiter/innen ständig auf der Werft und auch von außen gab es kaum noch Unterstützung. So wurde beschloßen, wenigstens gemeinsam den Rückzug anzutreten. Sie beugten sich dem von der UGT (als einzigster Gewerkschaft) und von vier Ministerien unterzeichneten Vertrag, der ihnen folgendes schriftlich zusicherte:

- innerhlab von drei Jahren, bis zum 31.12.87, würden mindestens 100% der zerstörten Arbeitsplätze vom Industrieministerium neu geschaffen
- sollte dies nicht passiert sein, könnte jede/r Arbeiter/in ab 1.1.88 wieder auf EUSKALDUNA arbeiten.

Von den damals rund 2500 Beschäftigten wurden 400 offiziell weiterbeschäftigt, 2100 kamen in den sogenannten "Beschäftigungsförderungsfond", FPE. Dies entspricht in etwa den sogenannten 'Warteschlaufen' in der Brd. Obwohl offiziell weiterbeschäftigt, heißt dies faktisch arbeitslos. Sie bekamen im FPE 80% des letzten Lohns.

Die vierhundert Weiterbeschäftigten saßen zu 80% zu Hause in der sog. Arbeitsregulierung, d.h. waren ebenfalls arbeitslos. So gleicht EUSKALDUNA heute -außer wenn Versammlungen und Aktionen laufen- einer Geisterstadt. Die restlichen 'Weiterbeschäftigten wurden zu Anstreicharbeiten eingesetzt, um die Fassade aufrecht zu erhalten.

Diese drei Jahre sind nun um. Keinem einzigen der Arbeiter/innen wurde unterdessen ein neuer Arbeitsplatz angeboten. Im Gegenteil wurde ihnen ein neues Ultimatum bis Ende Januar gestellt: die Arbeiter/innen sollten sich entscheiden, ob sie eine nochmalige Verlängerung der FPE's um 18 Monate akzeptieren, allerdings mit zwei Verschlechterungen: der Verpflichtung überall im Land Arbeit anzunehmen, wenn ihnen welche angeboten wird, sonst würde das Geld gestrichen, und als zweite Verschlechterung die Reduzierung von 80 auf 50% des letzten Lohns für die weiteren 18 Monate. Ein weiteres Angebot ist eine Abfindung, die -je nach Alter, nicht nach Arbeitsjahren- zwei bis drei Jahreslöhnen entspricht.

Da dem Aktiven Teil der Arbeiter/innen bereits nach dem Vertragsabschluß von84 klar war, daß sie in drei Jahrn wieder auf die Straße gehn müßten, hielten sie die ganzen Jahre über die Organisationsstruktur aufrecht. Es fanden monatliche VV's auf der Werft statt -kamen einmal weniger Leute, schickten sie jedem einen Brief mit einer Einladung für die nächste VV nach Hause.Der Betriebsrat traf sich weiterhin wöchentlich.

Seit dem letzten Sommer fanden zwei Mal wöchentlich VV's statt und fast wöchentlich Aktionen als mobilisierung für den Januar. Von den 2100 Arbeiter/innen, die 84 in den FPE kamen, sind heute noch 1600 übrig. Etwa achtzig haben bereits letztes Jahr die Entschädigung akzeptiert , einige sind aufgrund von Krankheit ausgeschieden oder haben auf eigene Initiative Arbeit gefunden. (Seit der Krise der Stahl- und Werftindustrie liegt die Zahl der Arbeitslosen in Eusakadi bei 33-34%). Je nach Aktion sind 800-1400 Arbeiter/innen auf der Straße. Das Paradoxe ist, daß von den 24 Betriebsräten nur zwei von CAT und einer von LAB sind, sie jedoch die Initiative völlig in der Hand haben - besser gesagt mit der Unterstützung der 700-800 aktivsten leute. Im Gegensatz zur Nachbarwerft LA NAVAL hat die UGT nie ein Bein in EUSKALDUNA 'reingekriegt', die Werft war immer eine Stätte des baskischen Nationalismus, ELA/STV immer die stärkste Gewerkschaft.

*LAB - "Langile Abertzaleen Batzordeak", gehört zum KAS-Block
INTG -"Intersindical nacional trabajadores gallegos"(linke galizische Gew.)
CSI -"Coriente sindical de Izquierda" (linke asturische Gew.)

DREI JAHRE DANACH ★

Die folgende Chronik, dokumentiert verkürzt die Entwicklung und den Wiederstand während der letzten zwei Monate gegen die geplanten Entlassungen:

23.12 Ein Zug auf dem an der Werft vorbeiführendem Bahngleis wird gestoppt und in Brand gesteckt

4.1 Wie angekündigt werden nach dem Ablauf der drei Jahre ab heute die Arbeiter/innen jeden Morgen um acht Uhr zur Werft gehen.Anschließend Demo.

5.1. Begehung der Nachbarwerft LA NAVAL. Die EUSKALDUNA-Arbeiter/innen zerkloppen dabei eine riesige Gedenktafel, die neben dem Eingang des Verwaltungsgebäudes dort noch immer die 'Gefallenen für Gott und Vaterland' im Kampf gegen die Republik 36/37 ehrte.

7.1. Barrikadenbau auf der Brücke von Deusto.

8.1. Die Arbeiter/innen versuchen in die Börse von Bilbao zu kommen, was jedoch nicht klappt. Anschließend stellen sie einen Bus quer auf die Brücke von Deusto und legen Feuer in der Fahrerkabine. Dies ist schwierig geworden, da jeden Morgen ab acht zwei Zivis auf der Brücke jede Bewegung auf der Werft beobachten und nötigenfalls die Busse umleiten. So müßen sie sich jetzt immer schnell unter der Brücke verstecken und blitzschnell hochrennen, um einen Bus zu erwischen.

11.1 Demo durch die Innenstadt mit mehreren Verkehrsblockaden. Obwohl es im allgemeinen wenig Anmache gibt (es ist auch hier ein Unterschied, ob Arbeiter oder Jugendliche auf die Straße gehen) ,haut diesmal ein Autofahrer einem der Arbeiter eins aufs Auge.

12.1 Verschiedene Blockaden auf Hauptstraßen nahe der Werft. Eine von EUSKALDUNA-Arbeitern im Oktober letzten Jahres zerstörte Telefonschaltanlage, wird kurz vor der endgültigen Reparatur erneut abgebrannt. Damit ist eine Seite der Gran Via und der dahinterliegende Stadtteil mit 3000 Leitungen totgelegt.

15.1 Demo vom Stadtteil Barakaldo aus nach Sestao/LA NAVAL. Kurz bevor die Demo losgeht, kommen aus der Gegenrichtung Arbeiter von LA NVAL denen von EUSKALDUNA entgegen. Der Versuch die Arbeiter von LA NAVAL zu einer gemeinsamen Demo zu überreden scheitert.

18.1. Es wird bekannt, daß die UGT in Madrid am Verhandlungstisch mit Vertretern des Industrieministr. sitzt. Anschl. Besuch im Gebäude des FPE, dessen Büroeinrichtengen von der sich entladenden Wut der Arbeiter demoliert wird.

19.1 50 Arbeiter fahren auf Einladung der Regenbogenfraktion nach Straßburg. Der Grund für diese Reise: Den Konflikt 'zu internationalisieren'; Druck auf die PSOE auszuüben, die aus EG-Mitteln riesige Beiträge für die Umstruktuierung der Werftindustrie bekommt, ohne sich in Spanien dafür legitimieren zu müßen. Den Arbeitern wird eine Rundreise Ende März/Anf. April durch mehrere Werften in Frankreich, Belgien, Brd und Holland angeboten.

21.1 Am Abend findet die Demo der NAVAL-Belegschaft statt. Der EUSKALDUNA Betriebsrat hatte in mehrmaligen Sitzungen versucht, über gemeinsame Aktionen zu reden. Er ließ sich jedoch nicht darauf ein eine Aktion/Demo abends zu machen, wo niemand auf der Straße ist. So laufen die Aktionen auch weiterhin getrennt.

22.1. In der Presse steht der neuste Kompromißvorschlag der UGT. Sie ist bereit die Verlängerung des FPE um 18 Monate zu akzeptieren, wenn dafür die Klausel gestrichen wird, daß eine Arbeit überall im ganzen Land akzeptiert werden muß. Ferner Herabsetzung des Rentenalters auf 52 ect.

25.1. Abstimmung der LA Naval-Arbeiter/innen auf Antrag eines CCOO-Betriebsrates, daß sie gegen jede weitere Begehung seitens der EUSKALDUNA Arbeiter/innen sind. (mit einem Mehrheitsverhältnis von 9:1).
Auf EUSKALDUNA finden an diesem Tag zum ersten Mal keine Aktionen statt, den ganzen Morgen wird über die Situation, bzw. den UGT-Vorschlag diskutiert. Die UGT-Leute werden ausgepfiffen, sie kommen nicht zu Wort. CCOO-Leute können nur auf Intervention der CAT-Betriebsräte etwas sagen. Bei der anschl. Abstimmung sind ca. 5 Leute für den UGT-Vorschlag und 700 dagegen.

26.1. Barrikadenbau auf der Brücke von Deusto. Erstmals kommen die Bullen mit Gummigeschoßen an.

28.1. Der Zugverkehr wurde von der Bahn vorbeugend bis nachmittags unterbrochen. Nahe der Werft werden Barrikaden gebaut. Die Bullen kommen relativ spät und schießen vom Platz aus mit Gummigeschoßen auf die Werft. Da jedoch viele der Arbeiter/innen an diesem Tag ihre Zwillen mitgebracht haben und die Bullen vom Haupttor aus beschießen, halten sie diese sehr lange auf Distanz. Nach 1-2 Stunden bröckelt die Beteiligung ab.

Frauen auf der Werft

Von den etwas über 100 Frauen,die bis 84 auf der Werft arbeiteten,haben viele die angebotene Entschädigung angenommen(da sie verheiratet sind und ihr Mann noch Arbeit hat),einige haben sich auf eigene Initiative neue Arbeit gesucht. Etwas über 20Frauen haben sich jedoch entschlossen,keinen Kompromiß einzugehen,sondern mit den Männern weiterzukämpfen gegen die Schließung der Werft. Sie lehnen bewußt die Entschädigung als Einzelfallösung ab.Etwa 10 der Frauen sind bei dem täglichen Aktionen da bei.Wenn an einem Barrikadentag oder, wenn mal wieder kein Zug fährt,Leute von Euskalduna angemacht werden,sindsie oft die ersten,die sofort dazu kommen und den leuten klarmachen,daß sie ja schließlich auf der Straße stünden und lediglich ihren Arbeitsplatz verteidigen.Eine Organisierung der Frauen der Euskalduna-Arbeiter wie`84 gibt es bislang noch nicht.

Aktueller Stand

Die Aktionen laufen(Stand Mitte Feb.) weiterhin täglich.Es ist noch offen,ob sich der Konflickt weiter radikalisiert (die Bullen verhielten sich Anfang Februar wieder sehr zurückhaltend,um dies zu vermeiden)-oder ob die reformistischen Gwerkschaften schnell genug einen anderen Kompromißvorschlag zustande kriegen.Nach der UGT legten nun auch die CCOO einen fast identischen Kompromißvorschlag vor,der auf Euskalduna ebenfalls abgelehnt,von den über 2000 Arbeiterinnen im FPE von Ferrol jedoch inzwischen angenommen wurde.Damit stehen die Euskalduna-ArbeiterInnen inzwischen völlig alleine da. Die 600 Leute von FPE von La Naval werden diese Tage den UGT-Vorschlag unterschreiben,diese hat die Belegschaft vollkommen in der Hand.So ist der Druck seitens der Presse,der Regierung etc. in den letzten Tagen ungeheuer gewachsen. Im Gegensatz zu `84,wo teilweise noch koordinierte Aktionen mit ArbeiterInnen von La Naval und Asua(einer Metallgießerei,die früher zu Euskalduna gehörte)liefen,die ebenfalls vom Rausschmiß bedroht waren,gibt es z.Zt. keinen grösseren Betrieb in Bilbao in derselben Situation,weshalb es keinerlei praktische Solidarität gibt.Altos Hornos de Vizkaya,Bilbaos größter Industriebetrieb mit knapp 7000 Leuten steht zwar ebenfalls vor Massenentlassungen,

kämpfen ja in erster Linie um ihren Arbeitsplatz,nicht gegen Staat und Kapital","viele von denen wählen ja immer noch die PSOE"), wenn auch natürlich militante Aktionen ihre Sympathie haben. Ab und zu kommt es vor, daß eine kleine Gruppe , die gerade Auseinandersetzungen zwischen ArbeiterInnen und Bullen mitkriegt, mitmischt, jedoch als Zufallsprodukt. Kontakte

jedoch hüten sich diese,zum jetzigen Zeitpunkt Zahlen zu nennen.Die Linke verhält sich überwiegend ignorant("die

bestehen zu den in Vizkaya sehr starken Arbeitslosengruppen. EMK (diebaskische Organisation von MC=Movimiento Comunista,etwa mit dem KB vergleichbar), verteilte Anfang Februar im ganzen Baskenland in den Fabriken Flugblätter zu Euskalduna, hängten Transparente auf etc.
Eines ist sicher: Die Schließung der Euskalduna-Werft ist eine politische Entscheidung.Der Kampf dagegen war und ist für eine wachsende Zahl von ArbeiterInnen nicht nur ein Kampf um ihren Arbeitsplatz, sondern ein Kampf gegen die PSOE und die baskische Regierung, gegen die kapitalistische Umstrukturierung.

SUDKOREA
FRAUENALLTAG UND WIDERSTAND

Trotz der theoretischen Erkenntnis vom Herrschaftsinstrument Patriarchat, das in fast allen Papieren über die Ausbeutungsverhältnisse hier und in der Peripherie mittlerweile erscheint, ist noch lange keine Selbstverständlichkeit geworden, den Frauenkampf bzw. ihre spezifische Situation dort zu beachten. Die Arbeiter auf den Weltmarktplantagen sind ebenso Themen wie die Minenarbeiter in Südafrika oder die Automobilarbeiter in Mexiko, die Straßenkämpfer von Brixton genauso wie die Guerrilleros auf den Philippinen. Doch daß sie nur leben und kämpfen können, weil sie an der Ausbeutung der Frauen teilhaben, wird verschwiegen.

Situation der Arbeiterinnen in Südkorea

Mit dem Militärputsch des "Entwicklungsdiktators" Park Chun Hee 1961 begann für Südkorea die Umwandlung in eine moderne, nach dem westlichen Ausland hin orientierte Industrienation. Die wirtschaftliche Strategie des Diktators war, soviel wie möglich ausländisches Kapital ins Land zu schleusen. Genauso wichtig war die wirtschaftliche uns soziale Stabilität Südkoreas für die kalte-Krieg-Strategie der USA, die dieses Land zu einem ihrer größten und vordersten Stützpunkte für Atomwaffen benutzen. Mit größter Anreiz für die Investition der ausländischen Konzerne, hauptsächlich aus USA und Japan, waren freie Produktionszonen, Billigstarbeitskräfte und durch das Militärregime garantiert "ruhige", nicht freie Gewerkschaften. Innerhalb kürzester Zeit entwickelte sich die Industrie in Südkorea für leichtindustrielle Waren wie Textilien über elektronische Teil- und Fertigprodukte bis hin zur Automobil- und Schiffbauindustrie Mitte der siebziger Jahre. Von Anfang an war so eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung angelegt. In der Textil- und Elektrobranche arbeiten hauptsächlich Frauen, während die Männer für die Schwerindustrie eingesetzt werden. Dort werden die traditionell kapitalistischen Produktionsstrukturen wie priviligierte Facharbeiter und entgarantierte Hilfsarbeiter hergestellt. In den Produktionsstätten, in denen Frauen arbeiten, gibt es ausschließlich entgarantierte Arbeitsplätze für junge Frauen, die nach Jahren schwerster Ausbeutung mit 25 (bis vor 8 Jahren noch gesetzlich) rausgeschmissen wurden. Von Anfang an bedeutet das, daß Frauen für durchschnittlich 50 bis 60 Prozent weniger Lohn arbeiten bei einer täglichen Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden und einer 6-Tage-Woche schnittlich 50 bis 60 Prozent weniger Lohn arbeiten als die Männer. Das bei täglichen Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden sechs Tage in der Woche. Gleichzeitig kürzere Pausen, weil Frauen nicht rauchen und weniger essen, deshalb auch ein viel geringeres Essensgeld, und über allem die ständige Drohung oder Verwirklichung sexuellen Mißbrauchs.

10 Jahre nach Beginn der Industrialisierung begann ein kontinuierlicher Widerstand der Arbeiterinnen und Arbeiter in Südkorea, angefangen nach der Selbstverbrennung des Textilarbeiters Chun Tae-Il im November 1970. Widerstand hieß in den 70ern zum größten Teil Arbeiterinnenkampf. 2 Beispiele nur: 1972 begannen die Tong-Il-Textilarbeiterinnen sich zu organisieren, 1978 versuchten sie ihre Forderungen in einem 2-wöchigen Sitz- und Hungerstreik durchzusetzen; 1979 traten 500 Arbeiterinnen der Perückenfirma YH in einen selbstorganisierten Streik. Diese Arbeiterinnen waren die wichtige Kraft in dieser Phase des Widerstands.

Jetzt wollen wir genauer eingehen auf die konkreten Lebensbedingungen der jungen Frauen in Südkorea. Mit der Industrialisierung setzte eine massive Landflucht ein (zwischen 1955 und 1985 sank der Anteil der Landbevölkerung um fast 45 Prozent) d. h., ein Großteil der Arbeiterinnen kam vom Land. Die patriarchalen Familienstrukturen sind dort besonders stark. Die jungen Frauen kommen also in die Städte, arbeiten dort und schicken meist über die Hälfte ihres Lohns nach Hause, damit die Familien überleben können oder der älteste Bruder weiter zur Schule/Uni gehen kann. Zum einen bedeutet das, daß so immer mobil zu machende Arbeitskräfte erhalten bleiben, zum anderen finanzieren sie die Qualifikation der Männer.

Die Multis setzen die patriarchalen Strukturen durch betriebseigene Wohnheime in der Reproduktion fort. Das heißt patriarchalische Hausordnungen, Überwachungspersonal und regelmäßige nationalistische, antikommunistische und neokonfuzianische Vorträge.

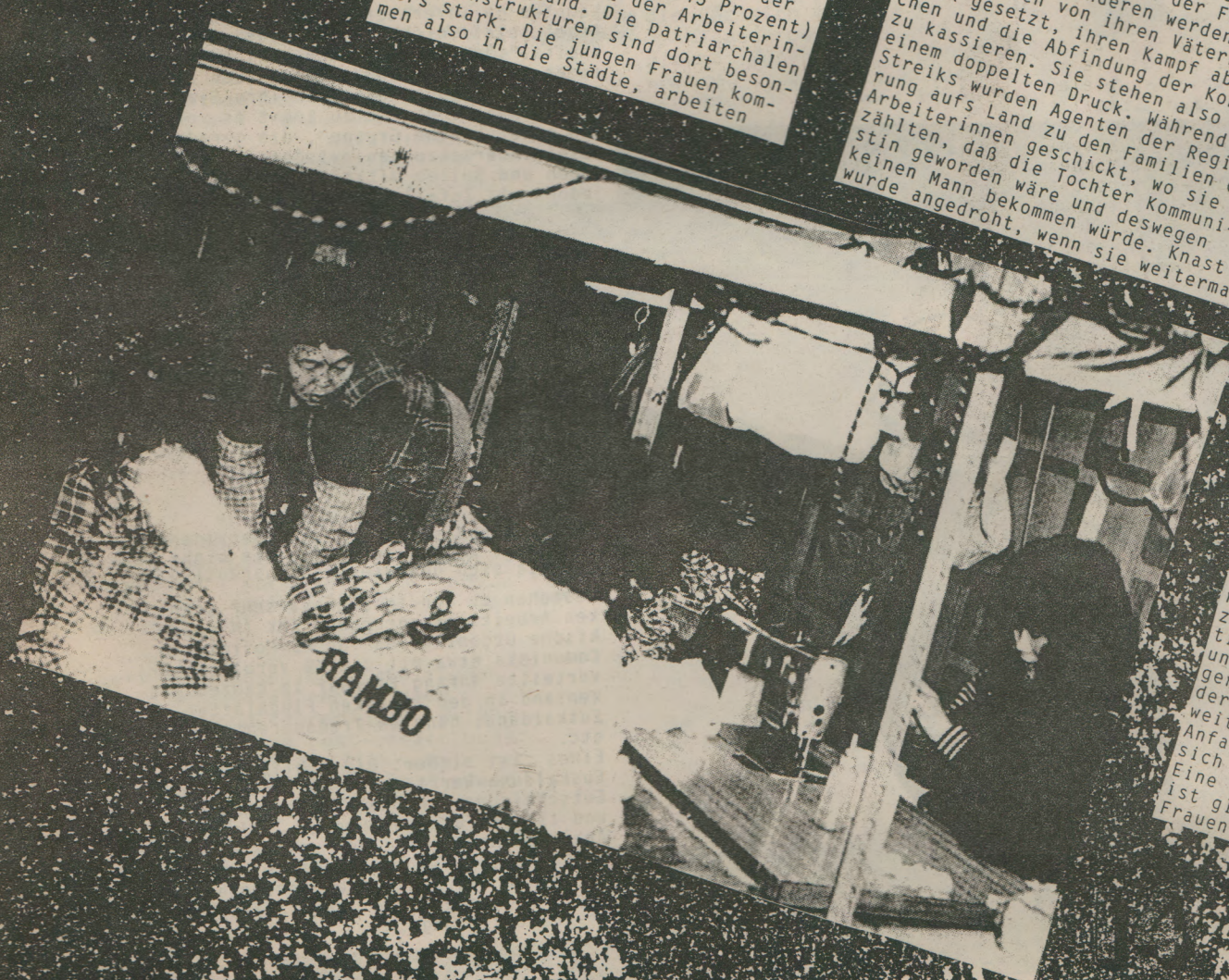
Spätestens mit 25 Jahren wird von den Frauen sowohl von Seiten der Arbeitgeber als auch der traditionellen gesellschaftlichen Maßstäbe erwartet, daß sie heiraten und aufhören für Lohn zu arbeiten. Ledige Frauen über 25 gibt es kaum. Mit dem Streik der Bankangestellten Anfang der 80er Jahre wurde zwar erreicht, daß es rechtlich abgeschafft wurde, Frauen über 25 nicht mehr zu beschäftigen, aber die meisten Konzerne machen über dieses Alter hinaus keine Verträge mehr mit den Arbeiterinnen. Das heißt, die ausländischen Kapitalstrategen machen sich die vorhandenen patriarchalen Strukturen zunutze.

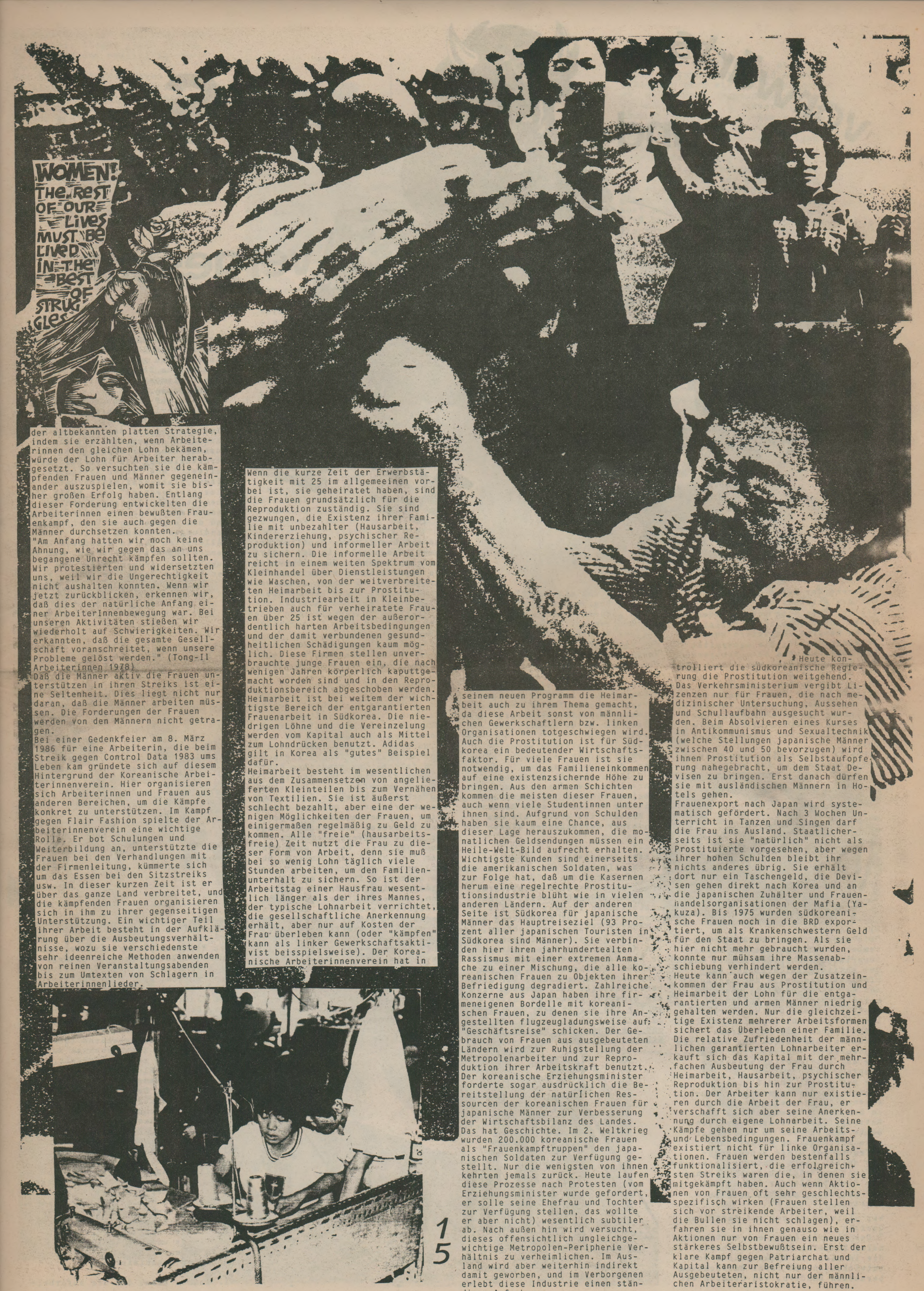
Für den Widerstand ergibt sich daraus ein völlig schizophrener Konflikt. Zum einen sind die jungen Arbeiterinnen in der Entwicklung ihres Kampfes radikaler und selbstbewußter geworden und werden es immer mehr. In ihren Forderungen gegenüber den Weltmarktfabriken haben sie weniger Angst vor deren Repressionen als die Männer, da sie ab 25 sowieso nicht mehr in der Fabrik arbeiten. Zum anderen werden gerade diese Frauen von ihren Vätern unter Druck gesetzt, ihren Kampf abzubrechen und die Abfindung der Konzerne zu kassieren. Sie stehen also unter einem doppelten Druck. Während der Streiks wurden Agenten der Regierung aufs Land zu den Familien der Arbeiterinnen geschickt, wo sie erzählten, daß die Tochter Kommunistin geworden wäre und deswegen keinen Mann bekommen würde. Knast wurde angedroht, wenn sie weitermache. Vater oder Bruder gingen in die Stadt und zwangen die Tochter/Schwester, den Streik abzubrechen, mit nach Hause zu gehen.

Das herrschende Familien- bzw. Frauenbild entstammt konfuzianischen Theorien und Idealen. Der Konfuzianismus ist die auch das heutige Gesellschftsbild in Korea prägende Moralphilosophie, die ursprünglich aus China stammt. Darin wird für den Mann die Untertanentreue, für die Frau die Naturgegebenheit der Unterwürfigkeit, der Achtung vor den Eltern, des Dienens für den Mann und der Bescheidenheit propagiert. Diese Natürlichkeit soll jeden Ausbruch aus den Rollenklischees verhindern. Sie wird vom Kapital benutzt zur Befriedung der männlichen Bevölkerung und zur Disziplinierung rebellischer Frauen. Über die männlichen Familienmiglieder wird ihnen Druck gemacht, um sie zur Aufgabe ihrer politischen Aktivität zu zwingen. An Familienehre und Frauenrolle wird appelliert, Ehemann und männliche Verwandte lassen sich funktionalisieren, um das Bewußtsein der Frauen zu brechen.

Die Konfliktsituation schlechthin: Die Arbeiterinnen in Iri befinden sich im Sitzstreik gegen den Adler-Konzern. Der Vater kommt vom Land in die Stadt gereist, legt sich vor das Werktor und sagt, daß er solange nicht weggeht, bis seine Tochter mit ihm nach Hause kommt. Vor dieser in Südkorea höchsten Schande hatte die Tochter keine Wahl, als sich dem Willen des Vater zu beugen. Antikommunistenhatz von Seiten des Regimes tun das Ihrige dazu. Wir möchten damit zeigen, wie verdammt schwierig es für die südkoreanischen Frauen ist, diesen Kampf zu führen, da sie gegen die traditionellen patriarchalen Strukturen und gegen die Multis kämpfen. Aber gerade deswegen entwickelte sich der Kampf der Arbeiterinnen immer weiter.

Anfang der 80er Jahre gründeten sich freie Frauengewerkschaften. Eine ihrer wichtigsten Forderungen ist gleicher Lohn für Männer und Frauen. Das Kapital reagierte mit





der altbekannten platten Strategie, indem sie erzählten, wenn Arbeiterinnen den gleichen Lohn bekämen, würde der Lohn für Arbeiter herabgesetzt. So versuchten sie die kämpfenden Frauen und Männer gegeneinander auszuspielen, womit sie bisher großen Erfolg haben. Entlang dieser Forderung entwickelten die Arbeiterinnen einen bewußten Frauenkampf, den sie auch gegen die Männer durchsetzen konnten.
"Am Anfang hatten wir noch keine Ahnung, wie wir gegen das an uns begangene Unrecht kämpfen sollten. Wir protestierten und widersetzten uns, weil wir die Ungerechtigkeit nicht aushalten konnten. Wenn wir jetzt zurückblicken, erkennen wir, daß dies der natürliche Anfang einer ArbeiterInnenbewegung war. Bei unseren Aktivitäten stießen wir wiederholt auf Schwierigkeiten. Wir erkannten, daß die gesamte Gesellschaft voranschreitet, wenn unsere Probleme gelöst werden." (Tong-Il Arbeiterinnen 1978)
Daß die Männer aktiv die Frauen unterstützen in ihren Streiks ist eine Seltenheit. Dies liegt nicht nur daran, daß die Männer arbeiten müssen. Die Forderungen der Frauen werden von den Männern nicht getragen.
Bei einer Gedenkfeier am 8. März 1986 für eine Arbeiterin, die beim Streik gegen Control Data 1983 ums Leben kam gründete sich auf diesem Hintergrund der Koreanische Arbeiterinnenverein. Hier organisieren sich Arbeiterinnen und Frauen aus anderen Bereichen, um die Kämpfe konkret zu unterstützen. Im Kampf gegen Flair Fashion spielte der Arbeiterinnenverein eine wichtige Rolle. Er bot Schulungen und Weiterbildung an, unterstützte die Frauen bei den Verhandlungen mit der Firmenleitung, kümmerte sich um das Essen bei den Sitzstreiks usw. In dieser kurzen Zeit ist er über das ganze Land verbreitet, und die kämpfenden Frauen organisieren sich in ihm zu ihrer gegenseitigen Unterstützung. Ein wichtiger Teil ihrer Arbeit besteht in der Aufklärung über die Ausbeutungsverhältnisse, wozu sie verschiedenste sehr ideenreiche Methoden anwenden von reinen Veranstaltungsabenden bis zum Umtexten von Schlagern in Arbeiterinnenlieder.

Wenn die kurze Zeit der Erwerbstätigkeit mit 25 im allgemeeinen vorbei ist, sie geheiratet haben, sind die Frauen grundsätzlich für die Reproduktion zuständig. Sie sind gezwungen, die Existenz ihrer Familie mit unbezahlter (Hausarbeit, Kindererziehung, psychischer Reproduktion) und informeller Arbeit zu sichern. Die informelle Arbeit reicht in einem weiten Spektrum vom Kleinhandel über Dienstleistungen wie Waschen, von der weitverbreiteten Heimarbeit bis zur Prostitution. Industriearbeit in Kleinbetrieben auch für verheiratete Frauen über 25 ist wegen der außerordentlich harten Arbeitsbedingungen und der damit verbundenen gesundheitlichen Schädigungen kaum möglich. Diese Firmen stellen unverbrauchte junge Frauen ein, die nach wenigen Jahren körperlich kaputtgemacht worden sind und in den Reproduktionsbereich abgeschoben werden. Heimarbeit ist bei weitem der wichtigste Bereich der entgarantierten Frauenarbeit in Südkorea. Die niedrigen Löhne und die Vereinzelung werden vom Kapital auch als Mittel zum Lohndrücken benutzt. Adidas gilt in Korea als "gutes" Beispiel dafür.
Heimarbeit besteht im wesentlichen aus dem Zusammensetzen von angelieferten Kleinteilen bis zum Vernähen von Textilien. Sie ist äußerst schlecht bezahlt, aber eine der wenigen Möglichkeiten der Frauen, um einigermaßen regelmäßig zu Geld zu kommen. Alle "freie" (hausarbeitsfreie) Zeit nutzt die Frau zu dieser Form von Arbeit, denn sie muß bei so wenig Lohn täglich viele Stunden arbeiten, um den Familienunterhalt zu sichern. So ist der Arbeitstag einer Hausfrau wesentlich länger als der ihres Mannes, der typische Lohnarbeit verrichtet, die gesellschaftliche Anerkennung erhält, aber nur auf Kosten der Frau überleben kann (oder "kämpfen" kann als linker Gewerkschaftsaktivist beisspielsweise). Der Koreanische Arbeiterinnenverein hat in seinem neuen Programm die Heimarbeit auch zu ihrem Thema gemacht, da diese Arbeit sonst von männlichen Gewerkschaftlern bzw. linken Organisationen totgeschwiegen wird. Auch die Prostitution ist für Südkorea ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Für viele Frauen ist sie notwendig, um das Familieneinkommen auf eine existenzsichernde Höhe zu bringen. Aus den armen Schichten kommen die meisten dieser Frauen, auch wenn viele Studentinnen unter ihnen sind. Aufgrund von Schulden haben sie kaum eine Chance, aus dieser Lage herauszukommen, die monatlichen Geldsendungen müssen ein Heile-Welt-Bild aufrecht erhalten. Wichtigste Kunden sind einerseits die amerikanischen Soldaten, was zur Folge hat, daß um die Kasernen herum eine regelrechte Prostitutionsindustrie blüht wie in vielen anderen Ländern. Auf der anderen Seite ist Südkorea für japanische Männer das Hauptreiseziel (93 Prozent aller japanischen Touristen in Südkorea sind Männer). Sie verbinden hier ihren jahrhundertealten Rassismus mit einer extremen Anmache zu einer Mischung, die alle koreanischen Frauen zu Objekten ihrer Befriedigung degradiert. Zahlreiche Konzerne aus Japan haben ihre firmeneigenen Bordelle mit koreanischen Frauen, zu denen sie ihre Angestellten flugzeugladungsweise auf "Geschäftsreise" schicken. Der Gebrauch von Frauen aus ausgebeuteten Ländern wird zur Ruhigstellung der Metropolenarbeiter und zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft benutzt. Der koreanische Erziehungsminister forderte sogar ausdrücklich die Bereitstellung der natürlichen Ressourcen der koreanischen Frauen für japanische Männer zur Verbesserung der Wirtschaftsbilanz des Landes. Das hat Geschichte. Im 2. Weltkrieg wurden 200.000 koreanische Frauen als "Frauenkampftruppen" den japanischen Soldaten zur Verfügung gestellt. Nur die wenigsten von ihnen kehrten jemals zurück. Heute laufen diese Prozesse nach Protesten (vom Erziehungsminister wurde gefordert, er solle seine Ehefrau und Tochter zur Verfügung stellen, das wollte er aber nicht) wesentlich subtiler ab. Nach außen hin wird versucht, dieses offensichtlich ungleichgewichtige Metropolen-Peripherie Verhältnis zu verheimlichen. Im Ausland wird aber weiterhin indirekt damit geworben, und im Verborgenen erlebt diese Industrie einen ständigen Aufschwung.

Heute kontrolliert die südkoreanische Regierung die Prostitution weitgehend. Das Verkehrsministerium vergibt Lizenzen nur für Frauen, die nach medizinischer Untersuchung, Aussehen und Schullaufbahn ausgesucht wurden. Beim Absolvieren eines Kurses in Antikommunismus und Sexualtechnik (welche Stellungen japanische Männer zwischen 40 und 50 bevorzugen) wird ihnen Prostitution als Selbstaufopferung nahegebracht, um dem Staat Devisen zu bringen. Erst danach dürfen sie mit ausländischen Männern in Hotels gehen.
Frauenexport nach Japan wird systematisch gefördert. Nach 3 Wochen Unterricht in Tanzen und Singen darf die Frau ins Ausland. Staatlicherseits ist sie "natürlich" nicht als Prostituierte vorgesehen, aber wegen ihrer hohen Schulden bleibt ihr nichts anderes übrig. Sie erhält dort nur ein Taschengeld, die Devisen gehen direkt nach Korea und an die japanischen Zuhälter und Frauenhandelsorganisationen der Mafia (Yakuza). Bis 1975 wurden südkoreanische Frauen noch in die BRD exportiert, um als Krankenschwestern Geld für den Staat zu bringen. Als sie hier nicht mehr gebraucht wurden, konnte nur mühsam ihre Massenabschiebung verhindert werden.
Heute kann auch wegen der Zusatzeinkommen der Frau aus Prostitution und Heimarbeit der Lohn für die entgarantierten und armen Männer niedrig gehalten werden. Nur die gleichzeitige Existenz mehrerer Arbeitsformen sichert das Überleben einer Familie. Die relative Zufriedenheit der männlichen garantierten Lohnarbeiter erkauft sich das Kapital mit der mehrfachen Ausbeutung der Frau durch Heimarbeit, Hausarbeit, psychischer Reproduktion bis hin zur Prostitution. Der Arbeiter kann nur existieren durch die Arbeit der Frau, er verschafft sich aber seine Anerkennung durch eigene Lohnarbeit. Seine Kämpfe gehen nur um seine Arbeits- und Lebensbedingungen. Frauenkampf existiert nicht für linke Organisationen. Frauen werden bestenfalls funktionalisiert, die erfolgreichsten Streiks waren die, in denen sie mitgekämpft haben. Auch wenn Aktionen von Frauen oft sehr geschlechtsspezifisch wirken (Frauen stellen sich vor streikende Arbeiter, weil die Bullen sie nicht schlagen), erfahren sie in ihnen genauso wie in Aktionen nur von Frauen ein neues stärkeres Selbstbewußtsein. Erst der klare Kampf gegen Patriarchat und Kapital kann zur Befreiung aller Ausgebeuteten, nicht nur der männlichen Arbeiteraristokratie, führen.

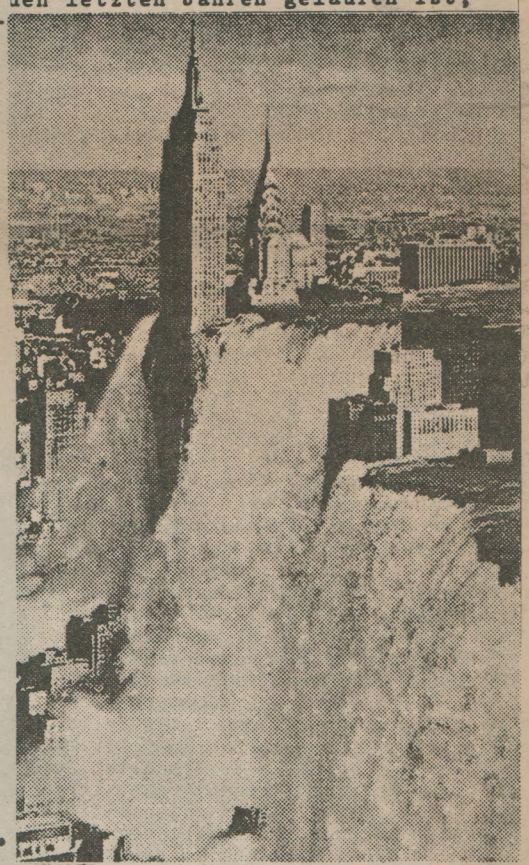
vorwärts und nicht S vergessen...

"Während der letzten 14 Monate ist mit den Aktionen der Revolutionären Zellen, Rote Zora und Amazonen ein neuer Ansatz des antiimperialistischen Kampfes realisiert worden. Er zielt darauf, die Anonymität des Imperialismus zu durchbrechen und seine Angreifbarkeit auch hier bei uns zu zeigen."
Mit diesen Worten beginnt der Artikel in der "Unzertrennlich" Nr. 7, in dem es um die Umstrukturierung des Imperialismus und ein neues Verständnis des antiimperialistischen Kampfes gehen soll.
Schon in dieser zitierten zentralen Ausgangsthese ist er falsch.

Wir zitieren:
"Die Aktion des Schwarzen September in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar gemacht, wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin."
(aus:RAF,Den antiimperialistischen Kampf führen! Die Rote Armee aufbauen! die Aktion des Schwarzen September in München, zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes, 1972)
Wie man sieht, ähnelt sich die Behauptung der sprengenden Neuerkenntnis und neuen Qualität in Bezug auf Imperialismus und antiimperialistischen Kampf von heute und von vor 16 Jahren auf eine erstaunliche Weise. Ganz offenbar ist diese Neuerkenntnis so neu nicht. Entweder beweist es, daß wir nun endlich nach 16 Jahren die Richtigkeit der Thesen der RAF erkennen, oder es beweist - nichts.

Wir zitieren weiter aus derselben Quelle:
" Der Imperialismus der multinationalen Konzerne ist die Einheit, die in sich die Widersprüche von entwickelten und ihrer Entwicklung beraubten Ländern, von Staaten mit gewählten und mit vom CIA eingesetzten Regierungen, reichen und armen Ländern, Norden und Süden als Zentren und Peripherie eines Systems vereint. Er ist das System, das sich der politischen Form des Rechtsstaates ebenso bedient wie der des Faschismus. Er hebt diese Widersprüche nicht auf, er koordiniert sie nur, spielt sie gegeneinander aus, integriert sie als verschiedene, aufeinander abgestimmte Kapitalverwertungsbedingungen für seine Konzerntöchter.
(...)
Dieser Imperialismus vermeidet Provokation. Er übernimmt, wo er kann, die Regierung der Länder der 3. Welt in die eigene Galerie der Charaktermasken des Systems. Er arbeitet mit der 'Verhältnismäßigkeit der Mittel' - sein Reservoir an Mitteln ist größer als das irgendeiner herrschenden Klasse vor ihm es war.
(...)
Dieser Imperialismus zeigt sein faschistisches Wesen nur vor, wenn er auf Widerstand stößt - eine spätkapitalistische Machtergreifung hat er nicht nötig. Seiner historischen Tendenz nach ist er faschistisch. Auf Ausbeutung aus und Unterwerfung, Vernichtung, Vergeudung, Entlaubung, Zerstörung von Menschen und Bodenschätzen. Er hat das größte Zerstörungspotential bereitgestellt, das je eine herrschende Klasse für sich bereitgestellt hat, um nach sich die Sintflut kommen zu lassen - wo für ihn nichts mehr zu holen ist, verwüstet er alles: das Land und die Menschen - Krater und Krüppel - Vietnam."

Was mit den Zitaten deutlich gemacht werden soll: in der Analyse der grundlegenden Funktionsweise des Imperialismus waren wir offenbar vor z.B. 16 Jahren schon wesentlich genauer. Sogar hinter diese Definition fällt der Artikel in der letzten "Unzertrennlich" noch zurück. Was er aber demgegenüber zu bearbeiten beansprucht, eine differenzierte Wahrnehmung des neuen Instrumentariums des Imperialismus, eine Feinanalyse der neuen Tendenzen des Imperialismus sozusagen, mit dem sich auch eine neue Möglichkeit von Widerstand und eine neue Möglichkeit für den Zusammenschluß des weltweiten Widerstandes ergeben soll. Nichts von diesem Anspruch leistet er tatsächlich. Im Gegenteil wird eine äußerst oberflächliche und auch falsche Gesamtaussage über Allgemeingültigkeiten des Imperialismus getroffen, die zum einen ihn schon seit seiner Entstehung charakterisieren, und zum anderen seine Hauptmechanismen, seine Funktionsweise und Durchsetzungsfähigkeit weltweit überhaupt nicht erklären. Was er dann grade aber eben nicht leisten kann, obwohl es so beabsichtigt ist, ist, die Brüche zu finden, an denen er bekämpft wird, bekämpft werden kann, an denen Widerstand auch erfolgreich sein kann. Insofern finden wir, daß er nicht nur falsch, oberflächlich und flapsig ist, sondern sogar schädlich.
" Die Kampagne zur Organisierung des Widerstandes gegen den Kongress verstehen wir als Beginn einer neuen antiimperialistischen Bewegung. Organisierung heißt für uns an erster Stelle die Organisierung eines Diskussions- und Aktionszusammenhanges der autonomen und antiimperialistischen Kräfte. Unser Ziel dabei ist nicht nur Orientierung auf den September '88, sondern über den Kongress hinaus. Dazu gehört eine genauere inhaltliche Bestimmung von Antiimperialismus und unserer Widerstandsformen."
(aus: Aufruf der autonomen Gruppen Westberlin 'Verhindern wir den Kongress')
Dies war und ist der Anspruch der "Kampagne" gegen den IWF, die im Zusammenhang der Stichworte "Umstrukturierung des Imperialismus weltweit" und "neuer Antiimperialismus/Klassendefinition/Unterklassenwiderstand" eine Welle von theoretischer Aneignung von Erkenntnissen über den Imperialismus und den angemessenen Widerstandshandlungen auslösen will.
"Allerorten ist in autonomen Zusammenhängen zu verspüren, daß aufzuarbeiten versucht wird, was in den letzten Jahren gelaufen ist,



ınd wie es weitergehen kann. Dabei .st die Unzufriedenheit über nur ıpontane Bewegungshochs mittlerwei- .e Allgemeingut, also das Dilemma, ıach kurzen, mehr oder weniger hef- ;igen Mobilisierungen immer wieder .ns gleiche Loch zu fallen. Kampag- ıen, Bewegungen, sind nicht in ein ıozialrevolutionäres, antiimperia- .istisches (autonomes!) Konzept ;ingebettet, entsprechend lösen sich autonome Zusammenhänge auf, wenn es nicht mehr weitergeht, um sich - durch Fluktuation verändert - an neuen Themen/Brennpunkten neu zu formieren. Der Anspruch, diesen Teufelskreis zugunsten langfristiger Organisierung zu durchbrechen, ist nichts neues, der Wille, diesen Anspruch umzusetzen, hat sich jedoch verbreitert; wahrscheinlich eine Folge davon, daß doch immer mehr Leute aus den verschiednen Mobilisierungen übrig geblieben sind, die auf den Erfahrungen der letzten 5 oder gar 10-15 Jahre weiterkommen wollen. Insofern sehen wir - trotz der nach wie vor wenigen kontinuierlich arbeitenden lokalen Zusammenhänge - Notwendigkeit und Möglichkeit für einen neuen Versuch bundesweiter autonomer Organisierung.
(...)
Wir denken also, daß die Aufarbei-

Amtliche Bekanntmachungen

Auszüge aus dem Artikel "Die Rote Zora zündelt nicht" von Oliver Tolmein in Konkret 1/88

Die Rote Zora hat in dem Text »Widerstand ist möglich« festgestellt, ihr Grundsatz sei es, auszuschließen, daß das Leben Unbeteiligter gefährdet wird: »Es gibt zig aktionen, die wir wieder verworfen haben, weil wir die gefährdung unbeteiligter nicht hätten ausschließen können.« Ausschließen heißt: absolut kein Risiko eingehen. Bei Anschlägen auf Kaufhäuser, und nichts anderes sind die großen Verkaufsniederlassungen des Textilkonzerns Adler, ist die Gefährdung Unbekannter aber nicht auszuschließen — im Gegenteil, die Bedrohung Unbeteiligter ermöglicht überhaupt erst den »Erfolg«. Daß bei den Anschlägen auf die Adler-Filialen keine Katastrophe geschehen ist, widerlegt das nicht. In der Adler-Filiale in Aachen hatten die beiden dort deponierten Brandsätze nicht gezündet: Das Bundeskriminalamt und die örtliche Kriminalpolizei ließen den Bekleidungsmarkt schließen und fanden die beiden Brandsätze — nachdem Rote Zora-Frauen über einen Pfarrer deren Lage beschrieben hatten. Daß Sicherheitskräfte nicht immer Warnungen weitergeben und Unbeteiligte davor schützen, Opfer einer Panne der Guerilla zu werden, belegt unter anderem die Nicht-Räumung des Springer-Hochhauses bei einem angekündigten RAF-Anschlag Anfang der Siebziger Jahre. Ein Anschlag aber, bei dem im Falle einer Panne die Militanten auf das Wohlwollen der Polizei angewiesen sind, ist in jedem Fall ein Fehlschlag.

Dieses Risiko lenkt das Augenmerk aber noch auf einen anderen Umstand: weswegen gibt eine Firma wie Adler dem Druck einer Guerilla-Gruppe nach? Der durch die Brandanschläge unmittelbar entstandene Sachschaden ist in der Regel versichert - seine Höhe wird in den Pressemeldungen auch regelmäßig erheblich übertrieben. Härter als verbrannte Ware trifft die Konzernherren etwas anderes: das Ausbleiben von Kundschaft und der damit verbundene, durch keinerlei Versicherung zu deckende Umsatzrückgang. Warum aber bleibt die Kundschaft in den Adler-Filialen bundesweit aus, wenn auf die Märkte Anschläge verübt werden? Wohl kaum, weil den KäuferInnen plötzlich bewußt wird, daß die Billigpreise hierzulande nur durch die verschärfte Ausbeutung der südkoreanischen Arbeiterinnen zu kalkulieren sind. Ließe sich durch eine Aufklärungskampagne allein dieses Bewußtsein so schnell nicht nur schaffen, sondern auch handlungsrelevant gestalten — Boykottaktionen wären weitaus wirkungsvoller als sie sind, das Kapital wäre viel leichter erpressbar. Nein, es ist die Angst, die, wie die Panne in Aachen und wie die Fehlschläge Anfang des Jahres in Hamburger Kaufhäusern zeigen, allzu berechtigte Angst der Kundschaft, ein Brandsatz könnte hochgehen, während sie gerade den billigen Winterpullover vom Grabbeltisch holen. Damit aber wird der Erfolg der Roten Zora gegen Adler insgesamt fragwürdig: sein Preis war die Angst der Bevölkerung, und zwar des Teils, der sich kaum mehr leisten kann, als die billigen Adler-Klamotten, vor den Aktionen der Guerilla — und dieser Preis ist immer zu hoch.

AMAZONEN

Wir möchten uns gerne zu einigen Punkten aus Oliver Tolmeins Artikel: "Die Rote Zora zündelt nicht" äußern:
Es stimmt, daß Adler-Klamotten aufgrund ihres Preises von den Menschen gekauft werden, die keine oder kaum Kohle haben. Sie gehören im Grunde genommen zu unserer "Klasse" und sind nicht diejenigen, die wir bekämpfen. Warum wir es trotzdem richtig fanden, Adler als Nachschlag sozusagen, anzugreifen, kam aus folgenden Überlegungen:

- abstrakt wissen viele Menschen hier über die Praktiken von Konzernen und über die Ausbeutungsverhältnisse in den sog. Peripherieländern bescheid. Gefühlsmäßig ist dies dennoch weit weg und bestimmt kaum das Handeln hier.
- es wurde durch "terre des femmes" und durch die Kirche schon "Bewußtseinsarbeit" durch Flugblätteraktionen bzgl. der Ausbeutungssituation bei Adler geleistet. Es gab also schon eine gewisse Vorarbeit.
- die Arbeiterinnen haben ihre Situation selbst in die Hand genommen und sich gewehrt. Dadurch kam ein sich Wehren von hier und dort gegen einen gemeinsamen Feind zustande.

Diese Gesichtspunkte waren für uns wesentlich entscheidender als die Tatsache, daß Adler kein Luxusetablishment ist, sondern den Profit durch Massenproduktion macht. Unter diesem Gesichtspunkt alleine wäre es "richtiger", das KadeWe anzugreifen als z. B. Bilka, weil dies leichter vermittelbar ist. Der Schaden, den Adler hatte, setzt sich aus mehreren Segmenten zusammen:

- der materielle Schaden, der nicht immer voll von der Versicherung gedeckt ist
- der ideelle Schaden, wie Rufschädigung, Negativzeilen in der Presse
- und das Wissen darum, daß diese Aktionsform jederzeit wiederholbar ist, daß die Schutzvorrichtungen nicht vergleichbar funktionieren wie in anderen Betrieben.

Wir halten es für ausgesprochenen Humbug, wenn behauptet wird, daß der Preis für den Erfolg die Angst der KäuferInnen sei. Höchstwahrscheinlich bestand die Angst der Menschen eher darin, nicht genügend vom Räumungsverkauf abzubekommen, was wir daran sahen, daß sich die Leute reichlich mit verbilligten Waren eindeckten.

Und somit kommen wir zum letzten Punkt, auf den wir eingehen wollen: Diese Aktionform sei verwerflich, weil sie die "Gefährdung Unbeteiligter nicht ausschließen kann". Aktionen sollten nach dieser Definition, die Gefährdung prinzipiell zu vermeiden, tatsächlich immer durchleuchtet werden. Nur dürften dann nur noch Brand- und Sprengstoffanschläge durchgeführt werden, wenn vorher alles abgesperrt wird oder in menschenleeren Gegenden wie z. B. auf dem Mond. Bei einer anderen Ebene des Widerstandes wie die Randale auf der Straße oder im Wald darf dann nicht mit "Distanzwaffen" wie Steine, Zwillen und Mollies geworfen werden, denn es könnte ja einen x-beliebigen Bullen treffen und der könnte dabei sogar draufgehen - nein - um das Risiko auszuschalten, "Unbeteiligte" oder gar "kleine Lichter" zu treffen, bedarf es eines Genickschusses beim Einsatzleiter oder beim Polizeipräsidenten.
Aus dem Gesagten ist wohl zu entnehmen, daß ein gewisses Risiko nie 100 Prozent auszuschließen ist, bleiben wir bei Aktionsformen, die von Militanz geprägt sind. Außer wir gehen selbst das hohe Risiko ein, z. B. sofort geschnappt zu werden (das ist ja wohl nicht die Alternative, d. sezzerin), indem wir nicht mehr mit Zeitzündern arbeiten, sondern z. B. mit Fernzündungen, wobei wir das Objekt im Auge haben. So ist das immer ein Abwägen, wie gut die Situation bekannt und einschätzbar ist, und wie gut die eigene Technik beherrscht wird. So waren die Kaufhausbrandstiftungen in Hamburg im Dezember 86 nicht ausgereift genug, was von den AkteurInnen auch hinterher selbstkritisch festgestellt wurde.
Fatal ist jedenfalls die Konsequenz aus dem Artikel: "Da dieses Restrisiko nicht ganz auszuschließen ist, darf folgerichtig nur noch auf Massenaktionen, wie Boykottaktionen, gesetzt werden."
Aber daß Massenaktionen und Loyalitätsaufkündigungen nicht von alleine kommen und beides - die Massenaktionen wie auch die Nadelstiche durch militante Aktionen und Angriffe - sich bedingen und sich nicht gegenseitig ausschließen, vergaß unser lieber Oliver.

die A M A Z O N E N

PS.:
Solange bei Kaufhausbrandanschlägen eine Natriumchloratmischung eingesetzt wird und nicht Sprengstoff (als Beispiel), ist die Gefährdung für Menschen nochmals minimiert, da diese Mischung mit einer gewissen Zeitverzögerung sich erst entzündet und die Kundin noch Zeit hat, dies wegzuwerfen - mal ganz pragmatisch gesehen (kommt da nicht ne Stichflamme raus? d. interessierte S.).

»An das männliche Geschlächt«

Wir lassen es uns nicht länger gefallen, täglich an den widerlichen Pornoverkaufsschuppen vorbeizuziehen, unsere Wut gegen diesen Ausdruck menschenverachtender, rassistischer und faschistoider Frauenunterdrückung in unseren Köpfen und Bäuchen einzusperren oder sie höchstens noch verbal zu äußern. Die Pornoindustrie hat in den letzten Jahren steigende Umsatzzahlen: 1986 wurden in der BRD über 1,1 Milliarden Mark umgesetzt. Allein der Beate-Uhse-Konzern kam mit seinen 30 Sexshops und 25 Sexkinos auf einen Jahresumsatz von über 100 Millionen Mark.

Softpornos weichen den Hardcorepornos, in denen Frauen vergewaltigt, von Tieren malträtiert, gefoltert und zerstückelt werden. Jeder dritte ausgeliehene Video ist ein Prono, den Bergen von Gummischwänzen und anderen perversen Plastikkreationen sind kaum noch Grenzen gesetzt. Pornographie ist zur gesellschaftlichen Notwendigkeit geworden, um Aggressivität zu kanalisieren — gegen alle Frauen. Sexistische Werbung ist Normalität im Alltag. Die »neue erfolgreiche Aufsteigerfrau« soll es den Männern im Beruf gleich oder besser machen, ausgerüstet mit Stöckelschuhen, bemaltem Gesicht und immerfrischem Lächeln — öffentlich und ganz privat das benutzbare Lustobjekt.

Zur Anti-Pornographie-Kampagne:

Wir wollen uns nicht hinstellen und sagen: Da wir Frauen »Opfer« sind, müssen wir uns mit dem kleineren Übel zufrieden geben, um uns gegen die sexuelle Ausbeutung wehren zu können. Das kleinere Übel wäre in dem Fall, sich der Forderung nach Gesetzesverschärfung bezüglich der Pornographie anzuschließen. Zwar soll laut 'Emma' diese Forderung nur ein Schmiermittel sein, um die Anti-Porno-Kampagne ins Gespräch zu bringen, aber wir halten dies für falsch. Mit solch einem Vorstoß wird die Illusion genährt, das PolitikerInnen, wobei der Hauptteil aus Männern besteht, eine für uns emanzipierte Frauen akzeptable Lösung in Form von Paragraphen durchsetzen würden. Ein solch gesellschaftlicher Wandel ist zum einen nicht von oben durchführbar, zum anderen gehören in der ausführenden Ebene Funktionsträger dazu, die willens sind, gegen ihre Interessen zu handeln, sie müßten ihre Privilegien aufgeben, schließlich sind die meisten von ihnen selbst Konsumenten pornographischer Produkte. Die Bullen und die Klassenjustiz haben bestimmt kaum etwas dagegen, daß wir Frauen nur als lüsterne Sexualobjekte gesehen, dargestellt und dementsprechend behandelt werden. Es gibt für uns nur eine Möglichkeit, aus dieser sogenannten »Opferrolle« auszubrechen, indem wir zu »Täterinnen« werden. Brennt alle Sexshops, Sexbars, Peepshows nieder, vernichtet alle Pornoplakate am Arbeitsplatz, entmannt Vergewaltiger, besucht alle Institutionen und Medien, die mit uns Frauen als Sexualobjekte Werbung machen, die mit uns Geld verdienen und vermiest ihnen das Geschäft und vor allem die Lust, dies weiter zu betreiben. Wir haben die praktische Seite der Anti-Porno-Kampagne aus den siebzigern wieder aufgegriffen und sie weitergeführt: Heute brannten das 1. Sex-Kaufhaus in Berlin, Postdamer Straße 129 und der Beate-Uhse-Shop am Breitscheidplatz und morgen...

die Amazonen